

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46,
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Sonnabend, den 17. Juni 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Säbelgerassel.

Die provokatorischen Treibereien des Flottenvereins haben auch in Kreisen, wo man ihnen sonst ohne weitere Erregung oder selbst wohlwollend zuzusehen pflegte, Beunruhigung hervorgerufen. Die Anregung Englands, mit den Rüstungen zur See nunmehr innezuhalten, hat denn doch mehr Anklang gefunden, als man bei dem wilden Geschrei der „nationalen“ deutschen Presse geneigt war, zu glauben. Demgegenüber sucht der Flottenverein die nationalen Eifersticheleien mit aller Macht zu schüren. Der englische Admiral Mc. Kenna hat im März im Unterhause gesagt: „Wenn Deutschland keine Flottennovelle mehr bringt, wird auch die Kurve unserer Marineausgaben vom nächsten Jahre an abwärts gerichtet sein!“

Und darauf antwortete der Flottenverein in seiner Nürnberger Resolution:

„Vom Jahre 1912 ab soll als Ersatz für die sechs veralteten großen Kreuzer (Serpentasse und „Kaiserin Augusta“) jährlich ein Linienschiffskreuzer mehr gebaut werden als im Flottengesetz vorgesehen ist, um dem dringenden Bedürfnis der heimischen Schlachtflotte und des Auslandsdienstes zu genügen.“

Der Seekapitän z. D. Perstus bezeichnet diese Art von Flottenagitation als sehr gefährlich. In der Tat wird hier die Flottennovelle verlangt, von der im englischen Unterhause die Rede war, während die „nationale“ deutsche Presse sich mit der bloßen Ausrede begnügt, diese Forderung ginge nicht über das bestehende Flottengesetz hinaus, das wird doch kein Mensch ernst nehmen; wohl aber wird die Resolution des Flottenvereins wie eine Ausrufung neuen Mißtrauens wirken.

Die Situation kann nicht besser gekennzeichnet werden, als indem man diese englischen und deutschen Äußerungen einander gegenüberstellt.

Zu diesen Zeichen der Zeit mag auch die Rede gehören, welche Generalfeldmarschall v. d. Goltz in Hamburg bei der Taufe des neuen Schlachtschiffes „Friedrich der Große“ hielt. Daß die Reden, die bei solchen Gelegenheiten gehalten werden, kriegerischen Charakter tragen, ist an sich gewiß nichts Auffallendes. Immerhin aber mag der Ton bemerkt werden, den diese Rede kennzeichnet. Es ist, als ob gewisse Leute den Weltkrieg, dessen drohendes Gespenst nicht mehr aus der Gegenwart verschwinden will, gar nicht erwarten können. Der taufende Generalfeldmarschall erinnerte den Taufling, den er „starken Gemüts“ zu sein empfahl, an seinen „Ahnherren“, den alten Fritz, und dessen stete Kampfbereitschaft, sowie an sein Wort: „Die preussische Kavallerie attackiert allemal zuerst!“ Dies, meinte er, müsse der Wahlspruch der ganzen deutschen Flotte sein.

Wenn man bedenkt, daß die deutsche Flottenpolitik wesentlich gegen England gerichtet ist, so nimmt es sich seltsam aus, wenn jetzt bei dieser Gelegenheit ein Wahlspruch aus dem siebenjährigen Kriege zitiert wird, einem Kriege, in dem sich Preußen nur durch englische Hilfe behaupten konnte. Zudem mag sich der Spruch des alten Fritz recht schneidend ausnehmen. Indessen ist es eine der nur beim spezifischen junkerlichen Preußentum gebräuchlichen Redewendungen, vorher bestimmen zu wollen, wer zuerst attackiert. Man kann ja auch einmal mit einem Feinde zu tun bekommen, der die Attacke nicht abwartet, sondern selbst attackiert, wie Napoleon 1806 die Attacke der Preußen auch nicht abgewartet hat. Es erinnert dies auch an eine Episode aus dem babilonischen Feldzuge von 1849, wo ein preussischer Kommandant höchst erzürnt war, weil der Feind noch einmal angriff, trotzdem preussischerseits das Gefecht für „beendet“ erklärt worden war.

Ohne diesem Vorgang eine besondere Bedeutung beizumessen, können wir doch nicht einsehen, warum gerade eine solche Sprache geführt werden muß. Wenn in anderen Ländern Kriegsschiffe vom Stapel gelassen werden, hält man auch Reden, aber man ist wesentlich zurückhaltender. Außerdem sprach der Generalfeldmarschall noch von neuen Bahnen, die Deutschland in seiner Entwicklung betreten, zu deren glücklicher Vollendung es außer eines kriegsgewaltigen Heeres auch einer starken Flotte bedürfe. Was versteht man unter der „Vollendung“ dieser Entwicklung? Wir werden sicherlich nicht dem Generalfeldmarschall etwas untergeschoben wollen, was er nicht gemeint und auch nicht gesagt hat. Aber in England wird jedermann darunter verstehen, daß man in Deutschland hofft, die deutsche Flotte so zu gestalten, daß sie stark genug ist, um den Engländern ihre Seeherrschaft und ihren Welthandel freitig zu machen. Daß dies bei den Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, eine Unmöglichkeit ist,

brauchen wir heute nicht erst noch einmal ausführlich darzulegen. Aber die Resolution des Flottenvereins und die Rede des Generalfeldmarschalls v. d. Goltz werden ihr Teil dazu beitragen, daß die Engländer sich lange besinnen werden, ehe sie in Wirklichkeit daran denken, „die Kurve ihrer Marineausgaben abwärts zu richten“.

Man muß sich wohl mit dem Gedanken abfinden, daß vorläufig die von England angeregte Verminderung der Flottenrüstungen nicht zustande kommen wird. Das bedeutet für Deutschland eine neue „Finanzreform“, neue Steuern und chronisches Defizit. Wir werden ja sehen.

Ganz in Übereinstimmung mit diesen Rundgebungen befindet sich die Art und Weise, wie die Anregungen des Präsidenten der nordamerikanischen Union zu Schiedsverträgen in unserer „nationalen“ Presse behandelt worden sind. Herr Taft ist für uns ganz gewiß nicht das Ideal eines Staatsmannes, aber er ist das gewählte Oberhaupt einer mächtigen Nation von 80 Millionen, und wenn er versichert, er wolle durch Schiedsverträge den Frieden befestigen, so ist das noch kein Grund, sein Auftreten als lächerlich zu behandeln. Auch wir möchten uns hüten, solche Schiedsverträge zu überschätzen; aber wenn man sie empfiehlt, so trägt man zum Frieden immerhin etwas mehr bei, als wenn man in die Welt hinausruft: „Unsere Kavallerie attackiert allemal zuerst!“ Die „nationale“ Presse empfindet es sogar äußerst unangenehm, daß die deutsche Regierung bereit ist, eventuell mit der nordamerikanischen Union in Verhandlungen über einen Schiedsvertrag einzutreten. Es wird der Regierung empfohlen, in diesen Dingen besonders vorsichtig zu sein. Unserer Meinung nach würde es sich vielmehr empfehlen, mit kriegerischen Rundgebungen und mit allem, was damit zusammenhängt, besonders vorsichtig zu sein, namentlich zu einer Zeit, da die politische Atmosphäre wieder mit so viel Explosionsstoffen geschwängert ist, wie die Vorfälle am Balkan und in Marokko zur Genüge beweisen.

So werden die ohnehin schwachen Anläufe, die von anderen Staaten zur Erleichterung der Waffenlast unternommen werden, vergeblich bleiben, solange in Deutschland die oberen Zehntausend in diesen Dingen allein zu bestimmen haben. Die natürliche und unvermeidliche Folge wird sein, daß sich die übrigen Staaten, soweit bei ihnen ein Bedürfnis nach einem gesicherten Frieden vorhanden ist, immer enger zusammenschließen.

Die herrschenden Klassen sind, wie es scheint, nicht mehr imstande, neue Bürgschaften gegen die große, so allgemein von den Völkern befürchtete kriegerische Katastrophe zu gewähren. Sollte sie wirklich einmal hereinbrechen, dann wird sie aber ganz andere Dinge bringen, als die Anhänger des Alten hoffen. Sie bringt dann eher Dinge, die von diesen zu befürchten sind.

Politische Rundschau

Deutschland.

Das Echo vom Hansatag

tönt in der Presse noch immer fort. In der Nummer vom 14. Juni kritisiert das Organ der Großindustrie, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die „verkehrte Front“ des Hansabundes, die er angesichts der kommenden Reichstagswahlkämpfe eingenommen habe. In scharfen Ausdrücken wendet sich das Blatt gegen den einseitigen Kampf gegen die „Agrar demagogen“. Dann wird den Leitern des Bundes zu Gemüte geführt, daß die Hansabundesmitglieder und -gelgeber ganz andere Zwecke mit der Gründung des Hansabundes verfolgten:

„Als der Hansabund ins Leben gerufen wurde, schwebte den ernsten Männern, welche keine linksliberalen, bestenfalls Bassermannsche Wahlgeschäfte unter anderer Firma mitbesorgen wollten, der gesunde Leitgedanke vor: Dem Gewerbe, als einem der größten und wichtigsten Zweige unserer Volkswirtschaft, den schmerzlich vermischten Einfluß in Gesetzgebung und in seiner Bedeutung zahlenmäßig gebührende parlamentarische Vertretung zu verschaffen. Es war inmitten der entscheidenden Kämpfe um die Finanzreform, als sich angesichts der vielfältigen Steuerexperimente der Reichsregierung sowohl als der Parteien — vielfach Schikanen ohne finanziellen Nuzzeffekt — dieser Gedanke des Selbstschutzes sämtlicher Gewerbetreibenden mit Notwendigkeit aufdrängte. Gewiß wurde gleich beim Beginn der Bewegung der Versuch gemacht, sie einseitig in den Dienst des Linksliberalismus und des Freihandels zu stellen, aber maßgebende Kreise unserer Industrie, vor allem in Rheinland und Westfalen haben sofort durch die Form und die Personen, welche die neuerstehenden Ortsgruppen organisierten, Wert darauf gelegt, daß solche Umhiegungen des echten Gründungsgedankens, so viel an ihrem

Teil, keinen weiteren Schaden üben konnten. Es war von Anfang an ganz selbstverständlich, daß unsere maßgebenden industriellen Kreise ihre bedeutame Hilfe keinem Verbände angebeihen lassen konnten, welcher auf die Unterhöhlung der Grundlagen unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik abzielte, die seit Ende der 70er Jahre auf dem gemäßigten Schutzzoll ruht, der, als Schutz der nationalen Arbeit, gleichermaßen Industrie und Landwirtschaft zugute kommt. . . . Die ursprüngliche Gründungsintention richtete sich nicht nur gegen die Vielregiererei des aufgeklärten Despotismus der Sozialweisheit, sondern auch gegen die Parteiwirtschaft, über deren Mandatsjagd die Lebensinteressen von Gewerbe und Handel um der Massengunstumbuhlung willen in den Hintergrund traten. Ihr unmittelbares Eingreifen in die Wahlbewegung sollte sich aber vor allem gegen die Sozialdemokratie als gegen den gemeinsamen Feind aller nationalen Wirtschaftspolitik und der notwendigen Autorität, welche jedes Unternehmen in den Beziehungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer braucht, wenden.

So war die Absicht der Gründer, welche den Bund im industriellen Lager über die Taufe hoben — ganz anders die erste Paradedatung angesichts der Reichstagswahlen. Auf dem von der Berliner Zentrale beschrittenen Wege kann es nicht weiter gehen. . . . Von der Industrie versteht es sich von selbst, daß sie den momentan im Hansabund herrschenden Zug nicht fördern und nicht mitmachen kann. Die Hansabundsführung befindet sich auf schiefer Ebene. Möge sie aus dem „Erfolg“ und dem Echo des ersten Hansatages den Anlaß zur Selbstbefinnung nehmen: Ritornal al segno! (Rückkehr zum Ausgangspunkt!)“

Für eine Reform des Militärstrafrechts

tritt Professor Dr. Mayer in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ ein; er führt dort aus:

„Am Tage, an dem das neue gemeine Strafgesetzbuch in Kraft tritt, muß auch ein völlig neues Militärstrafgesetzbuch zu gelten beginnen. Allerdings bleibt es auch denkbar, sich auf die Beseitigung der größten Dissonanzen zu beschränken, wofür eine Novelle zum Militärstrafgesetzbuch ausreichen würde. Dann aber wäre das Militärstrafrecht um seinen vollen Anteil an der Reform, den es dringend nötig hat, betrogen; ein äußerlich assimiliertes, innerlich zurückgebliebenes Gesetz würde wer weiß wie lange weiterleben. Davor sollen unsere Soldaten bewahrt bleiben. Und darum ist es an der Zeit, mit den Vorarbeiten anzufangen. Werden die parlamentarischen Schicksale der beiden Gesetzbücher nicht verbunden, wird der Entwurf eines Militärstrafgesetzbuchs dem Reichstag nicht zugleich mit dem Strafgesetzbuch vorgelegt, so könnte im Interesse des Militärstrafrechts der böse Wunsch, das Strafgesetzbuch im Reichstag scheitern zu sehen, nicht unterdrückt werden. Man muß in dieser ganzen Angelegenheit den Gedanken, daß es sich um zwei Gesetzbücher handelt, völlig überwinden; ein Werk ist zu vollenden.“

Nationalliberal gegen Nationalliberal.

Nach einer Mitteilung der „Wormser Volkszeitung“ beachtlichen nationalliberale Kreise in Worms-Heppenheim-Wimpfen, dem „nationalliberalen“ Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Heyl bei der nächsten Reichstagswahl in der Person eines angesehenen Mitgliedes der nationalliberalen Partei einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Dieses Vorgehen erfolge im Einverständnis mit einer großen Zahl von nationalliberalen Parlamentariern. Das „Berliner Tageblatt“ meint, aus der Meldung gehe nicht hervor, wie sich die nationalliberale Zentralführung zu dem Plane stelle. Nachdem Stresemann mit ihrem Einverständnis nach Mainz gereist und von dort aus der „Wormser Echo“ den Kampf angefangen hätte, wäre es richtig, wenn sie den nationalliberalen Gegenkandidaten gegen Heyl zum offiziellen Parteikandidaten erklären würde, sofern man nicht annehmen müßte, daß sie inzwischen, um mit Geheimrat Rießer zu reden, „Angst vor ihrer eigenen Kurage“ bekommen habe.

„Ein Nachtstück zum Blumentag.“

Selbst die „Tägliche Rundschau“ entdeckt jetzt, daß das „heitere Treiben der Blumentage“ tiefe und düstere Schatten trage. „Woher kommt sie alle, die leichte Ware dieses Tages, dieses zierlichen Verkaufs, dieses heiteren Kaufes, dieses ganzen fröhlichen Handels? Die Frage weist jäh weg von dem lichten Spiel des Blumentages auf eines der düstersten, auf ein grausiges Nachtstück unseres sozialen Lebens. Nur die blut-saure Arbeit und die Hungerlöhne der Heimarbeit, hier insbesondere der weiblichen Heimarbeit, ermöglichen den so fast wunderbar ertragreichen fröhlichen Wucher dieser Blumentage. . . . Es sollen Unternehmer der Hausindustrie einander unterboten haben, um die Lieferung für Blumentage zu erhalten, und nicht immer sollen die Ver-

ankstalter solcher Tage sich geschämt haben, von solchen Unterbietungen Gebrauch zu machen. Das wäre der blutigste Wucher."

Die Arbeiterschaft lehnt den organisierten Bettel der Blumentage nicht nur aus dem Grunde ab, weil er mit Kunde der Ausbeutung durch die Heimarbeit belastet ist, sondern weil sie das Wohlsein als Sport und Amüsement verächtlich findet und solche soziale Kurpfuscherei, wie sie angeblich durch Veranstaltung von Blumentagen beabsichtigt wird, grundsätzlich ablehnt.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Freitag trat das preussische Abgeordnetenhaus wieder zusammen. Auf der Tagesordnung standen nur unbedeutende Vorlagen und Petitionen, darunter auch die Petition der Buchbinderinnung, die sich gegen die Gefängnisarbeit richtet und der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Am Schlusse der Sitzung fragte Genosse Hirsch den Präsidenten, wann die zahlreichen Initiativanträge, besonders aber der freisinnige Wahlrechtsantrag, zur Beratung kommen sollten. Präsident von Kröcher erwiderte, daß er zunächst sämtliche Regierungsvorlagen aufarbeiten lassen wolle. Hiernach besteht wenig Aussicht, daß jener wichtige Antrag in der laufenden Session überhaupt noch beraten werde. Für Sonnabend steht die zweite Lesung der rheinischen Gemeindeordnung auf der Tagesordnung.

Aus dem preussischen Herrenhaus.

Am Freitag trat auch das preussische Herrenhaus wieder zusammen. Es änderte das Gesetz über die Beschulung blinder und taubstummer Kinder ab, sodas es noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückgehen muß. Eine ganze Reihe von Denkschriften und Übersichten wurde debattelos erledigt. — Auf den Tribünen warteten zahlreiche Studenten, daß die Petition der Berliner Freien Studentenschaft wegen Abänderung der Disziplinarvorschriften an Universitäten zur Verhandlung komme. Im letzten Augenblicke wurde Rückverweisung an die Kommission beantragt; es war neues Material eingegangen, das die Kommission veranlaßt, noch einmal zu prüfen, ob sie ihren Antrag auf Übergang zur Tagesordnung aufrecht erhalten könne. Am Sonnabend wird das große Berliner Zweckverbandsgesetz beraten werden.

Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages.

Aus Petersburg wird der „Wostokische Zeitung“ telegraphiert, die Reichsratsmitglieder Limirjasef, Nowakow und Tropolito und der Vorsitzende der Finanzkommission der Duma, Lersch, hätten Stolypin auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die Vorbereitungsarbeiten zur Revision der Handelsverträge mit Deutschland und Österreich in Angriff zu nehmen; jener läuft 1917, dieser 1915 ab. Nach der Ansicht der genannten russischen Politiker sind die bestehenden Handelsverträge besonders für die russische Landwirtschaft ungünstig. Stolypin soll versprochen haben, den Anregungen sofort nachzukommen.

Die Schwankung in der Ostmarkenpolitik.

Die Korrespondenz Woth schreibt über den vor länger als drei Monaten angekündigten von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aber prompt kementierten Beamtenwechsel:

Der mehrfach angekündigte Wechsel in den Oberpräsidentenstellen wird sich im Herbst vollziehen. Der Posener Oberpräsident v. Waldow sucht wegen seines körperlichen Befindens ein weniger aufregendes Amt, er wird deshalb als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Freiherrn v. Malchahn nach Stettin übersiedeln. Voraussetzungen sind auch noch ein drittes Oberpräsidium frei werden, denn der Oberpräsident der Provinz Sachsen in Magdeburg, v. Segel, ist zum Präsidenten der Oberrechnungskammer auserschieden. Der Wechsel im Posener Oberpräsidium hat, wie versichert wird, keine politische Bedeutung, etwa in dem Sinne, daß dadurch eine Schwankung in der Ostmarkenpolitik äußerlich eingeleitet werden soll. Das wird auch durch die Wahl des Nachfolgers bekräftigt werden, den man wohl in der Person eines der östlichen Regierungspräsidenten erblicken darf, der die schwierigen Fragen, an deren Lösung der Posener Oberpräsident in erster Linie mitzuarbeiten hat, vor allem die Polenpolitik genau kennt. In Polen wollen die Gerüchte nicht verstimmen, daß ein Wechsel in der Leitung der Ansiedlungskommission bald zu erwarten sei. Vorläufig dürfte mit einem solchen Wechsel aber nicht zu rechnen sein. Wie man versteht, bestehen zwischen den maßgebenden Stellen der Reichsregierung in Berlin einerseits, dem Posener Oberpräsidium und der Ansiedlungskommission in Polen andererseits keine Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Polenpolitik. Der Wechsel im Oberpräsidium und ein etwaiger Wechsel in der Leitung der Ansiedlungskommission würden also nicht ihren Grund haben in Differenzen, die zwischen Berlin und Posen bestehen.

Die eindringliche Versicherung, daß der Beamtenwechsel in Polen keine Schwankung in der Polenpolitik bedeute, wird auf denselben Glauben stoßen, wie Bethmann-Hollwegs „niemals zurück“. Die politischen Vertreter in den Parlamenten haben sich in den letzten Jahren allerdings auch als so brauchbare Regierungstruppe erwiesen, daß Bethmann-Hollweg ein Narr sein müßte, wenn er diese gefälligen Leute vor den Kopf stoßen wollte.

Die agrarische Zollpolitik als Triebkraft des Güterwuchers.

Aus der amtlichen Statistik des ländlichen Besitzwechsels im Königreich Preußen läßt sich entnehmen, daß im allgemeinen seit Jahren weit mehr Besitzungen im Wege des Kaufes ihren Besitzer wechseln, als im Wege des Erbganges. Das trifft namentlich für die großen Besitzungen über 100 Hektar, also die Rittergüter, zu; von ihnen wechselten jährlich im Durchschnitt der letzten zehn Jahre 530 im Wege des Erbganges und 950 infolge von Verkauf ihren Besitzer. Dagegen stellt sich beim großbäuerlichen Besitz (zwischen 50 und 100 Hektar) das selbe Verhältnis wie 1170 zu 890; hier überwiegt also ebenso wie auch in der Besitzklasse zwischen 20 und 50 Hektar die Besitzübertragung infolge Erbganges. Beim kleinsten häuerlichen und Zwergbesitz ist dagegen beim Besitzwechsel wieder der Verkauf vorherrschend. Im allgemeinen ergibt sich aus der Statistik, daß im Durchschnitt jährlich reichlich 5. v. H. der Groß-

grundbesitzer ihren Besitz verkaufen; dabei ist der gebundene Besitz in Gestalt von Fideikommissen nicht mit berücksichtigt. Die Häufigkeit des Überganges von landwirtschaftlichem Grundbesitz ist, darüber lassen die amtlichen Ermittlungen keinen Zweifel aufkommen, nicht sowohl durch Mollage der Eigentümer veranlaßt worden, sondern durch die bedeutende Steigerung, welche die ländlichen Bodenwerte im Laufe der letzten Jahre erfahren haben. Infolge der Schutzollgesetzgebung sind die Güterpreise wie auch die Frachtbriefe ziemlich allgemein bedeutend in die Höhe gegangen, was einerseits zu weitgehender Ausnutzung des erhöhten Realwertes, andererseits in großem Umfange zur Veräußerung des Grundbesitzes Veranlassung gegeben hat. In der Zeitschrift des kgl. Preussischen Statistischen Landesamtes wird dazu bemerkt:

„Es machte sich stellenweise eine übertriebene Preissteigerung für den Grund und Boden geltend, jedoch nicht selten Preise gezahlt worden sind, welche nach Ansicht der Berichterstatter auf die Dauer eine Rentabilität des Grundbesitzes ausschließen und im Falle erheblicher Verschuldung in schlechten Wirtschaftsjahren zur Zwangsversteigerung führen müssen.“

In der Tat erweist dann auch die Statistik der Hypothekbewegung, daß die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes dauernd und ziemlich stetig zunimmt; während der die Hypothekentilgungen übersteigende Betrag der Eintragungen im Jahresdurchschnitt 1886–1904 etwa 280 Millionen Mark betrug, erreichte er in den letzten vier Jahren die bedenkliche Höhe von 580 Millionen Mark.

Es ergibt sich also, daß, wie vor zehn Jahren von allen Gegnern der agrarischen Wucherzölle vorausgesagt wurde, die Zölle eine starke Bodenpreissteigerung und diese wieder einen schwindenden Güterhandel und zunehmende Bodenverschuldung zur Folge gehabt haben. Und die Folge wird sein: neues Schreien nach agrarischen Liebesgaben und neue Zollerhöhungen auf Kosten des Volkes.

Öffentliche Gelder für den Bund der Landwirte!

Das „Berliner Tageblatt“ weist auf eine beabsichtigte Zuwendung öffentlicher Gelder an den Bund der Landwirte hin und betont, daß es sich nicht um irgendeine private Sammlung, sondern um einen formellen Antrag an eine öffentlich-rechtliche Körperschaft handle. Das Blatt teilt mit, daß der konservative Abgeordnete Graf v. d. Necke-Volmerstein, der zusammen mit dem Rittergutsbesitzer Quehl im preussischen Abgeordnetenhaus den Wahlkreis Slogau-Lüben vertritt, an den Landtag der Slogau-Sagan-Fürstentumslandschaft den formellen Antrag gestellt hat:

„Aus dem Slogauer landwirtschaftlichen Kreisfonds sind unverzüglich 2000 Mk. dem Wahlfonds des Bundes der Landwirte zu überweisen.“

Aus der Begründung, die v. d. Necke-Volmerstein seinem Antrag beigegeben hat, geht hervor, daß der Bund der Landwirte schon früher aus dem landwirtschaftlichen Kreisfonds unterstützt worden ist. Es wird nämlich darin gesagt, bei Gründung des Bundes der Landwirte 1893 seien aus diesem Fonds 2000 Mk. bezahlt worden und ebenso habe das Fürstentums-Kollegium beschlossen, aus dem landwirtschaftlichen Extraordinarium 3000 Mk. zu diesem Zwecke zu entnehmen. Daraus sei ersichtlich, daß der Antrag nichts Neues bedeute.

Begründet wird die Forderung unter folgendem Hinweis auf die politische Lage:

„Der nächste Wahlkampf wird noch nie dagewesene Anforderungen an den Wahlfonds des Bundes der Landwirte stellen, diese müssen erfüllt werden, wenn anders nicht der nächste Reichstag eine Zusammenlegung erfahren soll, welche bei Abschluß der neuen Handelsverträge den Untergang der Landwirtschaft und damit des Vaterlandes herbeiführen wird.“

Über den Antrag wird am 24. Juni von den Slogauer Ständen Beschluß gefaßt werden. Das „Berliner Tageblatt“ vermutet wohl mit vollem Recht, daß es auch sonst noch in Ostpreußen nach dem Slogauer Beispiel getrieben werde. Es entspreche durchaus der agrarischen Tradition zur Beeinflussung der Wahlen öffentliche Fonds heranzuziehen, statt in die eigene Tasche zu greifen.

Rußland.

Russische Greuel. Aus Warschau wird geschrieben: Grauenhafte Zustände herrschen in dem hiesigen Gefängnis, das während der Revolution in der Vorstadt Motokow erbaut wurde. Das Gefängnis ist für höchstens 1500 Gefangene berechnet, zurzeit sind jedoch 1800 darin untergebracht und zuweilen ist es noch mehr. Unter anderem sind hier auch „Politische“ untergebracht, die zu Zuchthaus verurteilt sind. Gegen diese richtet sich die Wut der Beamten ganz besonders. Diese Beamten sehen wie die Raben. Trotdem das Gefängnis neu ist, ist es vollständig verwahrlost und starrt von Schmutz, weil die Kosten für Reinigung „gespart“ werden, d. h. das Geld verschwindet in den Taschen der Beamten. Ebenso wird bei der Bekleidung „gespart“. Nach dem Reglement sollen die Gefangenen zweimal in der Woche Fleisch erhalten, aber sie bekommen es oft Monate lang nicht. Auch andere Lebensmittel sind derart verdorben, daß sie ungenießbar sind. Von den Großen, die die Gefangenen von Verwandten angewiesen erhalten, bleibt stets ein Teil in den schmutzigen Fingern der Beamten kleben. Beschwerden der Gefangenen werden mit grausamen Strafen beantwortet. Körperliche Züchtigungen sind an der Tagesordnung. Bei den geringsten Verstößen gegen das Reglement werden Hiebe ausgeteilt. Dabei besteht eine infame Ausbeutung. Die Gefangenen müssen nämlich Arbeiten für private Unternehmer verrichten und diese haben im Einvernehmen mit den bestochenen Beamten in den letzten Wochen die Löhne herabgedrückt. Dagegen lehnten sich die Gefangenen auf, besonders die Sozialdemokraten, und das Resultat war, daß eine Anzahl von ihnen mit Hieben bestraft wurden. Einer von ihnen, der 21jährige Urbanik, hat sich erhängt, als sie ihn schlagen wollten. „Das Leben ist uns zur Hölle geworden — so schreibt einer der Gefangenen — und manch einer trägt sich mit dem Gedanken, dem Beispiel des Genossen Urbanik zu folgen.“

— So nimmt die zarische Regierung Rache an dem übermündeten Gegner. Man bedenke, daß diese polnischen Genossen kein anderes Verbrechen begangen haben, als das, der Sozialdemokratischen Partei anzugehören. Dafür werden sie jetzt der Willkür entmenschter Bestien ausgeliefert.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 17. Juni.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziererhilfen Lübeck befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maler! Über die Werkstellen Hargus, Dicks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Achtung, Maler! Gemäß § 10 des Reichstarifvertrages (Schmuckfonturzen) ist über die Firma Dresahl die Sperre verhängt. Kein Kollege oder Arbeiter darf dort in Arbeit treten.

Achtung, Seeleute! Matrosen und Heizer aller Nationen! In England, Holland und Belgien sind die Seeleute seit dem 14. Juni wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Streik getreten. Es wird von jedem Seemann, speziell Matrosen und Heizer, unbedingt erwartet, daß sich keiner für Schiffe dieser Nationen anwerben läßt. Das erfordert die Ehre eines jeden Seemannes. Mache auch jeder auf die Streikbrecheragenten, welche versuchen, in deutschen Häfen Seeleute anzuwerben. Der Zuzug nach den Häfen der in Frage stehenden Nationen muß unter allen Umständen ferngehalten werden. Doch die internationale Solidarität! Die Organisationsleitung der deutschen Seeleute.

Zum Streik der Tapezierer. Der Streik der Tapezierer scheint nach den jetzigen Umständen, in Anbetracht des geringen Entgegenkommens der Meister, noch einige Zeit dauern zu wollen. In der letzten Zeit haben einige Verhandlungen stattgefunden, die über den Punkt „Arbeitszeit“ nicht hinweg gekommen sind, da das geringe Entgegenkommen der Meister die Gehilfen zur Annahme nicht bewegen konnte. Es ist den Meistern gelungen, durch Verprechen origineller Art einige Arbeitswillige von außerhalb heranzuziehen. Wenn die Verprechungen der Meister zur Wahrheit würden, dann fertigen nur noch „Verführer“ die Erzeugnisse dieser Geschäfte an. Mit der Anzahl der Arbeitswilligen glauben die Meister renommieren zu können, aber die Qualität derselben ist so unbedeutend, daß die Streikenden sich durch diese Leute in ihrer Haltung absolut nicht beeinflussen lassen, sondern Mann für Mann festhalten, wie bei Beginn des Streiks. Die Streikenden Tapezierer bitten nun die hiesige Bevölkerung, den Arbeitswilligen die gebührende Beachtung zu schenken, damit diesen Leuten ihr „ehrlisches“ Handeln richtig zum Bewußtsein gebracht wird. Die Streikleitung.

Schwarze Listen. „Der Seemann“, das Organ für die Interessen der Seeleute, Binnenfahrer und Flößer Deutschlands, ist in der Lage, eine ihm im Original überreichte schwarze Liste zu veröffentlichen, die von der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft (Abteilung Reederei) von Hamburg aus am 27. April 1911 an Neubureau und Feuerbase in Umlauf gesetzt worden ist. Diese Liste umfaßt nicht weniger als 164 „Nummern“, die für ebenso viele Seeleute und Schiffsmannschaften eine Verurteilung zu dauernder Arbeitslosigkeit bedeuten. Das Verzeichnis dieser „Sünder“ ist ein geradezu groteskes Sammelzerrum von offenbar in leichtfertiger Weise zusammengestellten Leumundzeugnissen, die wohl zum größten Teil das Ergebnis niedriger Schmeichelei sind. Eine beliebte, öfter wiederkehrende „Stichmarke“ ist der Vermerk: „Säuft, Erzsozialdemokrat“, wobei dem Urheber dieser Kennzeichnung offenbar das Laster der Trunksucht noch nicht schlimm genug erschien, so daß er es durch den „Erzsozialdemokraten“ zu übertrumpfen suchte. Weitere Gründe zur Einzeichnung in die schwarze Liste sind körperliche Gebrechen, auch wenn diese erst im Dienste der Reederei entstanden sind. Ein Mann soll von der Anmusterung ausgeschlossen werden, weil er früher für die Woermann-Linie gefahren ist und sich dabei das Fieber geholt hat, ein anderer, weil er „anscheinend“ dem Seemannsverband angehören soll, wieder ein anderer, weil er „lose Reden“ führt, und eine ganze Reihe ohne nähere Angabe von Gründen. Sehr charakteristisch ist auch, daß mehrere Offiziere mit auf die schwarze Liste gekommen sind, weil sie „matrosenhaftes Betragen“ zeigten usw. usw. — Es sind Gemütsmenschen, diese Herren Reederei, und sie hätten wirklich verdient, daß ihnen einmal eine Gegenjuror von der Arbeiterschaft ausgestellt würde. Eine Abrechnung mit den Kapitänen und Schiffsoffizieren, auf deren Angaben sich offenbar diese schwarze Liste stützt, wird vom „Seemann“ bereits angekündigt.

Gewerbegericht. Sitzung vom 16. Juni. Der Rächter der Bahnhofrestauration, Maack, hat am 31. Mai die bei ihm auf dem Bahnsteig IV mit dem Verkauf von Bier usw. beschäftigte Frau Sch. ohne Kündigung entlassen, angeblich weil sie sich am Abend des 30. Mai geweigert hat, ohne Kohlenläure Bier auszuschenken und dabei einen derartigen Skandal gemacht hat, daß die Gäste darauf aufmerksam wurden und Anstoß daran nahmen. Der Mann der Frau Sch., der im gleichen Pavillon tätig war, verließ an dem gleichen Tage wie sie seine Arbeitsstätte, weil Maack erklärt hatte, wenn Frau Sch. morgen wiederkäme, so würde er sie von der Polizei fortbringen lassen. Der Ghemann Sch. erhob nunmehr gegen M. Klage auf Zahlung eines Monatsgehalts, der ihm für verkauftes Bier zustehenden Provision sowie auf Entschädigung für Kost, die er sonst auf dem Bahnhof erhielt. Die Gesamtsomme, welche Sch. forderte, beläuft sich auf etwas über 300 Mark. Die Verhandlung ergab, daß wiederholt Zank zwischen den Eheleuten, Sch. und dem Beklagten sich entsponnen hat, namentlich wegen des ihnen verabreichten Essens. Das Gericht entschied, daß die Klage in der Hauptsache abzuweisen sei, da Sch. nicht berechtigt war, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen, nur weil seine Frau entlassen worden war. Die geforderten 6 Mk. für Bier, das Sch. vom Beklagten gegen 60 Pf. pro Liter bezogen aber nicht verkauft hatte, wurden ihm zugesprochen. Sch. hat obendrein noch die Kosten zu tragen.

Zur Zwischenlandung des „Deutschen Rundfluges“ in Lübeck. Anlässlich des Eintreffens der Flugzeuge am Freitag, den 23. Juni sind bereits die verschiedensten Vorbereitungen getroffen worden. U. a. wird in der Nähe des Landungsplatzes ein Pressebureau eingerichtet, von welchem die einlaufenden telegraphischen Nachrichten unmittelbar durch Aushang bekanntgegeben werden. Für das Betreten des Westloer Gerzlerplatzes werden auf Namen lautende Passierkarten zur Ausgabe gelangen, da aus Sicherheitsgründen nur einer beschränkten Anzahl Personen (Vertreter der Zivil- und Militärbehörden, der Presse, wie die Mitglieder des Lübecker Vereins für Luftschiffahrt) der Zutritt des

Platzes bis zu einer bestimmten Grenze in der Nähe der Landungsstelle gestattet werden kann. Dem größeren Publikum wird voraussichtlich ein zwar weiter zurückliegender, aber trotzdem derart geeigneter Platz angewiesen werden, daß die Erscheinungen die Landung und den neuen Start der Flieger ebenfalls beobachten können.

Naturwissenschaftlich-geographische Studien-Reisen. Am Natur- und Wanderfreunden Gelegenheit zu geben, ihre Vergnügungsreisen zu wirklichen Studienreisen auszugestalten, hat die „Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft“ einige Berliner Gelehrte gewonnen, die im Juli und August wissenschaftliche Wanderfahrten in besonders reizvolle und dabei lehrreiche Gegenden unternahmen. Zur Teilnahme sind alle, die nach wahrer Naturbegehrung Verlangen tragen, eingeladen. So wird vom 9.—19. Juli die deutsche Nordseeküste besucht (Hamburg, Helgoland, Nordfriesische Inseln, Schleswig-Holstein), um das Meer, die Gezeiten, Watt, Marsch, Geest, Moor, Dünen usw. zu studieren. Dabei wird ein vollständiger Überblick über die eiszeitlichen Ablagerungen Norddeutschlands gegeben. Vom 23. bis 29. Juli findet eine naturwissenschaftliche Wanderfahrt durch Thüringen statt, bei der geologische und biologische Untersuchungen im Vordergrund stehen. Vom 30. Juli bis 5. August geht eine dritte Reise in die Frankische Schweiz, bekanntlich Deutschlands größtes Höhlengebiet, wo geologische und geographische Studien mit biologischen verbunden werden. Für jeden Naturfreund, der das nötige Geld dazu hat, dürfte die Teilnahme an solchen Studienreisen außerordentlich lohnend sein. Er lernt wirkliche Naturbeobachtung, hat Gelegenheit zum Sammeln von Naturobjekten und kommt billiger dazu und sicherer, als wenn er allein fährt. Überdies wird ein besonderes Honorar für die Führung nicht erhoben. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft in Leipzig, Königsstr. 3.

Aufgehobenes Konturverfahren. Die Konturverfahren über das Vermögen 1. des Kaufmanns Heinrich Johannes Dantel Goldenbaum und 2. der offenen Handels-Gesellschaft H. Brenzlau u. Sohn sind nach erfolgter Schlussverteilung resp. Annahme des Zwangsvergleichs aufgehoben worden.

Das leibbare Luftschiff „Parceval 6“ kommt nach Albeck. Nach einem gestern nachmittag bei den hiesigen Vertretern des „Hansa-Luftverkehrs“ in Hamburg eingelaufenen Telegramme teilt die Direktion mit, daß das Luftschiff, welches sich seit Pfingsten in Hamburg befindet, in den nächsten Tagen nach Lübeck kommen wird. Weitere Nachrichten werden bekanntgegeben, sobald der Tag der Ankunft bestimmt ist.

Wetterichs Dampfer nach Waldhalle. Um Irrtümer zu vermeiden, weisen wir auf die heutige Annonce betreffs Änderung des Fahrplans zwischen Hostenbrücke und Waldhalle hin.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 16. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 15 1/2, Luft 15; morgens 10 Uhr: Wasser 15 1/2, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 15 1/2, Luft 17; abends 6 Uhr: Wasser 15 1/2, Luft 13 Grad Celsius. Zahl der Bader: etwa 250 männliche (darunter 1 Klasse mit 50 Schülern) und 250 weibliche Personen.

Stechbriefling. Festgenommen wurde ein Schmiedegeselle aus Breslau, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Güstrow wegen Diebstahls stechbrieflich verfolgt wird.

Fahrraddiebstahl. Am 16. d. Mts. ist vom Fluß eines Hauses der Schwartauer Allee ein Fahrrad ohne Marke, mit schwarzem Gestell, Freilauf, nach oben gebogener Lenkstange, der Fabriknummer 33610 und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnnummer 14342 abhandlungsgewonnen und vermutlich gestohlen worden. Der Rahmen des Rades ist an zwei Stellen geknickt.

Wer ist der Tote? In der Nacht zum 16. d. Mts. ist in Schlutup ein unbekannter, angetrunken, obdachloser, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger, etwa 45—50 Jahre alter Mann, in dem Lokal für Obdachlose, woselbst er untergebracht worden war, anscheinend infolge eines Schlaganfalls verstorben. Der Verstorbene führt auf drei verschiedene Personen lautende Legitimationspapiere bei sich und zwar: 1. Eine Arbeitsbescheinigung, lautend auf den Arbeiter und Steinfeiler Ferdinand Ludwig aus Groß-Röhrig, ausgestellt in Sülzfeld in Holstein am 13. Juni 1911 und unterschrieben von Pastor Miltenstein; 2. einen Abmeldebeschein von Neu-Lübbenau auf Wanderschaft vom 9. August 1910, lautend auf den Fleischer Albert Holz, geboren am 23. Mai 1869 in Schneeberg; 3. eine Quittungskarte Nr. 7 und mehrere Arbeitsbescheinigungen, lautend auf den Fleischermeister, bzw. Fleischergehilfen Albert Holz, geboren am 25. Mai 1869 in Schneeberg. Bei der Einlieferung in das Lokal für Obdachlose vermochte der Verstorbene, seiner Trunkenheit halber, seine Personalien nicht anzugeben. Personen, welche über die Personalien desselben sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich bei der Schutzmannschaft in Schlutup oder im Bureau der Kriminalpolizei in Lübeck zu melden. Eine Photographie der Leiche liegt zur Ansicht bereit.

Die Hamburger plattdeutschen Schauspieler (Dir. Joh. Reimers) werden kommenden Sonntag und Montag hier im Kolosseum wieder ein Gastspiel geben und das Stück „Die Nichte vom Zippelhaus“ zur Aufführung bringen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Sonntag wird „Die Fledermaus“ mit Herrn Goebel als „Eisenstein“ zum zweiten Male zur Aufführung kommen. Als nächstes Gastspiel ist: „Der Zigeunerbaron“ in Aussicht genommen. Barinkay—Eduard Goebel. Montag findet die letzte Wiederholung von „Wann kommst du wieder?“ statt. — Es ist der Direktion gelungen, Frl. W. Wilden-Wielhaack für kommenden Mittwoch nochmals zum Gastspiel zu gewinnen. Die junge Künstlerin, die als „Hedda Gabler“ einen schönen Erfolg erzielte, wird als „Sofie von Wildenheim“ in Mofers Lustspiel: „Der Weichenfresser“ auftreten. Kartenbestellungen werden an den bekannten Vorverkaufsstellen schon von heute ab entgegengenommen.

Schwartau. Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins von Stockelsdorf und Umgegend veranstalten am Sonntag, dem 18. Juni, im Gasthof des Herrn Baetau ein Sommervergnügen. Hierzu sind die hiesigen Genossinnen herzlich eingeladen. (Siehe Inserat.)

Secere. Achtung, Parteigenossinnen und Genossen. Unsere Parteiversammlung findet umständehalber erst am Sonnabend, dem 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Genosse H. Fröhme statt.

Hamburg. Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe. Weil die große Ernte, die die Unternehmer von ihrer Werbetätigkeit zur Erlangung von Arbeitswilligen erhofften, ausblieb, schreien sie jetzt wieder kräftig nach der Polizei. Die „Hamburger Nachrichten“ bringen alle Tage neue Schauernachrichten über Mißhandlungen Arbeitswilliger. Wenn aber irgendwer die persönliche Freiheit in Hamburg bedroht, so sind es die Arbeitswilligen, und wenn irgendwer die persönliche Freiheit nicht schützt, so ist es in vielen Fällen

die — Polizei. Die Holzarbeiter sehen sich sogar gezwungen, an die Hamburger Arbeiterschaft in einem in Hunderttausenden von Exemplaren verbreiteten Flugblatt zu appellieren, weil die Überfälle durch Streikbrecher sich mehren. Einer ganzen Anzahl der Arbeitswilligen konnten geladene Revolver, Messer, Schlagringe und Gummiknüppel abgenommen werden, sodaß ein ganzes Zimmer mit den den Streikbrechern abgenommenen Mordwaffen ausgestattet werden konnte. Und dabei mag es dieses Pressegelehter noch, die kämpfenden Holzarbeiter — fast durchweg Familienväter — in dieser Weise zu bejudein. Nur der straffen Disziplin der Arbeiter ist es zu danken, daß es noch nicht zu Ausschreitungen gekommen ist. Zugang ist streng fernzuhalten.

Kiel. Der Streik der Kutischer, Lagerarbeiter und Hausdiener bei der Firma Karstadt und in vier Eisenwarengeschäften am Ort beschäftigte eine überaus zahlreich besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Transportarbeiterverbandes im Kieler Gewerkschaftshaus. Nach eingehendem Bericht über die gegenwärtige Situation und daranschließender ausgedehnter Debatte gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige, vom reichlich 2000 Mitgliedern besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Transportarbeiterverbandes erachtet es als die Ehrenpflicht jedes Mitgliedes, die streikenden Kollegen nach besten Kräften zu unterstützen. Sie verpflichtet die im Streik stehenden Kollegen im Kampfe zu verharren, selbst wenn dieser Monate lang andauern sollte. Gleichzeitig verpflichten sich die Kollegen der Branchen der Geschäftskutischer, der Kutischer der Baumaterialienhandlungen, sowie der Lastkutscher auf Anruf der Ortsverwaltung sofort ihre Kündigung einzuziehen. In Frage kommen diejenigen Unternehmer, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind. Während der Dauer des Sympathiestreiks oder einer event. Aussperrung verpflichten die Mitglieder sich, pro Woche einen Extrabeitrag von 50 Pf. zu zahlen.“

Neumünster. Ein Schritt vorwärts. In der Mittwochabend stattgefundenen Sitzung der Gewerkschaftsvorstände wurde die Errichtung eines Gewerkschafts-Verwaltungsgebäudes beschlossen. Das Gebäude wird in der Fabrikstraße, also in der Mitte der Stadt, mit einem Kostenaufwand von 55 000 Mk. errichtet. Die Arbeiterschaft erhält hiermit ein Heim, welches nach außen hin die steigende Macht und die Bedeutung derselben in anschaulicher Weise repräsentiert. Das Gebäude wird zum 1. Januar 1912 dem Verkehr übergeben werden. Sämtliche Bureaus werden dort untergebracht.

Gredesmühlen. Große uer. Auf dem Schmachthagen, Besitz Dr. Simon, sind Donnerstag nachmittag vier große Wirtschaftsgebäude (Scheunen und Viehställe) abgebrannt; mit verbrannt sind etwa 100 Schafe und 50 Schweine; auch die Sägerei des Gutes ist abgebrannt. — Unfall mit tödlichem Ausgang. Beim Annehmen einer Windvorrichtung fiel der Arbeiter Bräutigam auf dem v. Voithmischen Gute aus ziemlicher Höhe herab; er starb bald darauf.

Bremen. Verleumdung der republikanischen Bremer Polizei. In dem Agitationsblatt der Bremer Genossen war auch der Tätigkeit der Polizei bei den Oktober-Krawallen anlässlich des Straßenbahnstreiks gedacht. Genosse Rauch, der dieses Agitationsorgan, den allmonatlich erscheinenden „Sozialdemokrat“ verantwortlich zeichnete, wurde deshalb wegen Verleumdung der bremischen Polizei nach § 185, 186 angeklagt und stand am Freitag vor der Strafkammer in Bremen. Das Gericht nahm die Verleumdung, begangen durch einige scharfe Worte über das Verhalten der Polizei als erwiesen an und verurteilte Rauch zu 1000 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte gar ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung beantragt.

Bremen. Erfolgreicher Fleischereboykott. Ein gegen die Fleischergesellen verübter, brutaler Koalitionsrechtsraub wurde von der Arbeiterschaft durch einen Boykott erfolgreich abgefochten. Die Fleischmeister wandten allen erdenklichen Terrorismus gegen die boykottfreien Geschäfte an. Sofort wurde der Viehtransport und die Fleischzufuhr für die boykottfreien Geschäfte in die Wege geleitet. Man erzwang dadurch auch die Aushängung eines Plakates in das Schaufenster jedes Fleischmeisters mit der Aufschrift: „Ich erkläre mich mit meinen Kollegen solidarisch und verkaufe boykottierte Fleischwaren.“ Wer die sichtbare Aushängung im Schaufenster verweigerte, erhielt weder Fleisch noch Vieh. Die Plakate der Boykottkommission wurden von den Beauftragten der Innung teilweise aus den Läden geholt und zertrümmert. Alle diese terroristischen Maßnahmen brachten eine berechnete Erbitterung unter die Arbeiterschaft, die durch noch schärferen Boykott zum Ausdruck kam. Der Terrorismus der Innung ging noch weiter. Die boykottfreien Geschäfte wurden durch den Viehtransport zur Abgabe folgender Erklärung in dem dortigen Parteiorgan gezwungen:

„Endesunterzeichnete erklärt hiermit, daß die Bezeichnung seines Geschäftes als sog. boykottfrei ohne Wissen und Willen geschehen ist und erklärt ferner, niemals gegen die Beschlüsse des Vereins der bremischen Fleischereinnung gehandelt zu haben, bzw. handeln zu wollen.“

Durch solche gepreßte Willensäußerungen ließ sich aber die Arbeiterschaft durchaus nicht beirren. Die Boykottkommission erklärte diese Arbeitgeber, die zu einer solchen Erklärung gepreßt, weiter als boykottfrei. Indessen hatte auch die Herausaffung von Vieh von auswärts für die boykottfreien Fleischmeister getroffen. Als noch dazu die Frauen aktiv in den Boykott eingriffen, erhielt die Innung die Scharfmacher einen argen Riß. Schon am Sonntag, dem 18. Juni sandten sie eine Abordnung zu der Boykottkommission, um dieselbe zur Verhandlung einzuladen. Das geschah auch. Die beiderseitigen Kommissionen wurden sich einig, das Resultat der Verhandlungen am Montag von einem unparteiischen Vorsitzenden protokollieren zu lassen. Montag, als die Verhandlungen vor dem Gewerkschaftssekretär Dr. Michalek beginnen sollten, kamen die Fleischmeister mit der Mitteilung, daß eben eine auf dem Schlachthofe stattgefundene Meisterversammlung jede Verhandlung ablehne. Am Freitag konnte jedoch der Boykott mit einem vollständigen Siege der Arbeiterschaft beendet werden. Die vereinigten Schlächtermeister beschloßen mit 270 gegen 60 Stimmen, ihren Gesellen in Zukunft volle Koalitionsfreiheit zu gewähren. Dieser Sieg ist zum großen Teil dem tatkräftigen Eingreifen der Arbeiterfrauen zu danken.

Blumenthal bei Bremen. Ein Kind erstickt. Im Ortsteil Rönnebeck brannten ein Wohnhaus des Spar- und Bauvereins und ein Mietshaus des Gastwirts Demers in kurzer Zeit nieder, wodurch neun Familien obdachlos wurden. Die Feuerwehren mußten sich auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken. Ein Kind, das von dem Steuermann H. Köhler unter eigener Lebensgefahr aus einem brennenden Gebäude gerettet wurde, war leider schon erstickt.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. Die Fledermaus. Am Freitag führte man auf unserer Sommerbühne die alte unverwundliche, wichtige und am feinsten gearbeitete deutsche Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauß

auf. Die Melodien der Fledermaus sind prächtig und feurig. Und daß das Werk noch heute frisch und jugfräulich wirkt, bewies das sehr gut besetzte Haus — ein seltenes Ereignis für die Stadthalle. Die Aufführung war recht befriedigend. Der stürmisch begrüßte Herr Goebel stellte einen Eisenstein auf die Bühne, der nicht nur Stimme, sondern auch Humor und Beweglichkeit hatte. Mit großer Munterkeit und schöner Stimme sang und spielte Fräulein Schöneberger die Rosalinde. Als ungarische Gräfin benahm sie sich äußerst „rassig“. Herr Stone fand sich mit der Rolle des Alfred ausgezeichnet ab. Am besten aber hat uns die Udele des Frl. Hoffmann gefallen, die ihre Rolle mit dem echten Wiener Humor ausstattete. Einen recht erquicklichen Gefängnisdirektor Frank bot Herr Wichon. Der Dr. Falke des Herrn Falk war elegant und lebensvoll. Den Vogel schloß natürlich der Frosch des Herrn Julius Seidler ab, der das Publikum vermöge seiner grotesken Komik zu stürmischen Nachrufen hinriß. Auch die kleineren Partien waren gut besetzt. Dann verdient Josefine Seifert als Prinz Orlofsky noch genannt zu werden. Recht hübsch war das Ballett arrangiert. Die Regie des Herrn Seidler verdient uneingeschränktes Lob. Aber auch Herr Kapellmeister Seydel-Stöger trug außerordentlich viel zum guten Gelingen der Aufführung bei. Das Publikum fargte denn auch nicht mit seinem Beifall. Der Vorhang mußte sich am Schlusse noch Duzende von Malen heben. we.

Vom deutschen Rundflug.

Geiern fanden in Hamburg Schauflüge statt, die von riesigen Menschenmassen besucht waren. Die Veranstaltung nahm folgenden Verlauf: Kurz vor 7 Uhr startete auf einem Zweidecker v. Gorrissen mit einem Passagier zu einem kurzen Fluge. Von 7 1/4 Uhr an beteiligten sich dann an dem Wettbewerb, so weit aus den Nummernschildern zu ersehen war, Lindpaintner, v. Gorrissen, Büchner, Thelen, König, Schauenburg und Schwandt. Die meisten Luftflüge unternahm v. Gorrissen. Er startete wohl ein halbes Duzend Mal, jedoch waren seine Fahrten nur von kurzer Dauer. Die übrigen Flieger starteten durchschnittlich zwei- bis dreimal. Lindpaintner, der auch den Höhenrekord aufstellte, dehnte seine Fahrten bis zu 20 Minuten und länger aus. Wiencziers mußte zunächst nach Kirchheide, wo er einen Unfall erlitten hat, zurückkehren und kam dann erst für den Wettbewerb in Frage. Auch seine Fahrten waren respektable Leistungen. Der Grabe-Apparat, den Schwandt führte und Schauenburgs Doppeldecker fielen besonders durch die Sicherheit auf, mit der sie dem Steuer gehorchten. Auch Thelen, Büchner und König boten respektable Leistungen. Sie machten Schleifenfahrten von über zehn Minuten Dauer. Zu erwähnen ist noch, daß die meisten Fahrten mit einem Passagier ausgeführt wurden. Auch eine Dame nahm an einem der Flüge teil.

Gegen 9 Uhr war das interessante Schauspiel beendet und die Menschenmassen mochten nun wieder nach Ohlsdorf zu. Hier war der Andrang ein so ungeheurer, daß die Elektrischen und die Vorortsbahnen nicht entfernt in der Lage waren, den Verkehr zu bewältigen. Aber wenn auch manch einer gezwungen war, den weiten Weg nach Hause zu Fuß zurückzulegen, so wird er sich sicherlich dadurch die Freude an dem Schaufliegen, das einen so aläuzenden Verlauf genommen hat, nachträglich nicht haben verderben lassen. Der Weiterflug nach Kiel findet Sonnabend früh 4 Uhr statt.

Weitere Meldungen besagen: Hamburg, 16. Juni. v. Gorrissen flog fünfmal, davon ein Passagierflug, Gesamtzeit 24 Minuten, Lindpaintner flog zweimal, beides Passagierflüge, Gesamtzeit 44 Minuten, König fünfmal, davon vier Passagierflüge, Gesamtzeit 53 Minuten, Thelen viermal, Gesamtzeit 36 Minuten, Wiencziers zweimal, Gesamtzeit 22 Minuten, Schwandt zweimal, Gesamtzeit 15 Minuten, Büchner einmal, 23 Minuten mit Passagier, Schauenburg einmal 8 Minuten, mit Passagier. — Für die größte Leistung im Passagierflug müssen beide Preise von 1000 und 500 Mk. zwischen König und Lindpaintner geteilt werden, da beide je 44 Minuten mit Passagier geflogen sind. — Den ersten Höhenpreis von 1000 Mk. für 1000 Meter Höhe erhielt Lindpaintner, den zweiten Höhenpreis von 500 Mk. Wiencziers. — Den Ehrenpreis für den drittbesten Passagierflug erhielt Büchner, den Preis für den längsten Dauerflug ohne Zwischenlandung Lindpaintner. — Von den allgemeinen Preisen des örtlichen Wettbewerbes in Hamburg, die einen Gesamtwert von 7000 Mark haben, erhielt König 1649 Mk., Lindpaintner 1369 Mk., Thelen 1120 Mk., v. Gorrissen 747 Mk., Büchner 716 Mk., Wiencziers 684 Mk., Schwandt 466 Mk., Schauenburg 240 Mark. Insgesamt wurde von acht Konkurrenten 226 Minuten geflogen.

Schwerin, 16. Juni. Um 7 Uhr 26 Min. ist als letzter der in Schwerin eingetroffenen Flieger Dr. Wittenstein aufgestiegen.

Hamburg, 16. Juni. Dr. Wittenstein ist um 9 Uhr 01 Min. aus Schwerin hier eingetroffen. Wiencziers, der um 7 Uhr 40 Min. von hier abgeflogen war, ist um 8 Uhr 09 Min. wieder auf dem Flugplatz eingetroffen und ist nach einigen Kreisflügen um 8 Uhr 18 Min. gelandet. Um 8 3/4 Uhr waren gleichzeitig 4 Flieger in der Luft, als der Parceval 6 mit erleuchteter Gondel über dem Flugplatz erschien. Gleichzeitig kam Dr. Wittenstein aus Schwerin in Sicht. Die Flieger umkreisten den Parceval.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 16. Juni.

1. Qualität 118—121 Mk.
2. „ „ „ „ „ 105—112 „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt 102—106 „
do. II. do. 98—101 „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 16. Juni.

Auftrieb 3777 Schweine. Markt flau geräumt. Überstand 60 Stktd.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tara 20 Proz., — bis 52,00 (— bis 41,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., — bis 52,00 (— bis 41,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pf., Tara 22 Proz., 52,00 bis 53,00 (40,50 bis 41,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 52,50 bis 53,00 (41,00 bis 41,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 48,00 bis 52,00 (36,50 bis 39,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 48,— bis 50,— (38,50 bis 40,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 42,— bis 48,— (33,00 bis 37,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: L. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Hansa-Tafelmischhonig

rein deutscher Bienenhonig mit einem Zusatz von feinsten Raffinade.

Vollkommenster und reeller Ersatz für echten Bienenhonig.



Göricke- u. Corona-Fahrräder
in allen Preislagen.
Große Auswahl. **Volle reelle Garantie.**
Günstige Zahlungsbedingungen.
Sämtliche Ersatzteile auf Lager. — Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.

Th. Vedder, Friedenstraße 1.

Bungeischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Emil Sietz Zahn-Atelier
Hüxterdamm 11

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Hohenstiege.
Täglich frische
Erdbeeren u. Milch
Gleichzeitig empfehle allen Vereinen sowie Ausflüglern meine Lokalitäten zur Abhaltung von Festlichkeiten bestens.
N. Jürgensen.

Einsiegel
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
F. Jenkel.

Hansa-Halle.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Ende 1 Uhr. Abonnement 50 Pfg.
J. Rieck.

Friedr. Franz-Halle
Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
L. Stamer.

Wakenitz-Bellevue.
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
Musik: Stadtkapelle.
H. Fühbörter.

Louisenlust.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Johs. Benz.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
Tanzkränzchen
Adlershorst.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen

Empfehle

Strandhotel Zarnewenz.
Direkt am Dassower See gelegen.
Neu eröffnet.
Gelegenheit zum Baden und Bootfahren.
Ausverkauf der Schloßbrauerei
H. G. Kiel.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Zu dem am Sonntag, dem 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, in
Moorgarten
stattfindenden
Jungfernfahren
laden freundlichst ein
Die lustigen Damen und
Friedr. Wehrend, Moorgarten.

Friedrichshof.
Zum Antrittsball
am Sonntag, 18. Juni,
ladet ergebenst ein **G. Müller.**

Schönböken.
Heute Sonntag:
Groß. Ringreiten
wozu einladet
Die lustigen Reiter u. B. Dettmann.
Schwartau-Rensefeld.
Ausflug
der weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins nach Stockelsdorf am Sonntag, dem 18. Juni, zum Sommerfest der dortigen Genossinnen. Abmarsch 1 1/2 Uhr Hotel Kronprinz.
Der Vorstand.
NB. Am Dienstag, 20. Juni, abds. 8 Uhr, findet im Galthof Transvaal ein Gemüthliches Beisammenfein der Genossinnen statt.
Für beide Veranstaltungen recht zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Konzertthaus
Zauberflöte.
Schüsselbuden 4.
Täglich Konzert
Slowenische Tamburitzakapelle „Sriusky“
5 Damen, 2 Herren.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt gänzlich frei.

Arbeiter-Gesangverein
„Friedrich auf“ Moisting.
Einladung zum
Sommer-Vergnügen
verbunden mit Gesang-Vorträgen
am Sonntag, dem 18. Juni
im Lokale des Herrn A. Schreiber
Moisting.
— Anfang 6 Uhr. —
Der Vorstand.



„Brennabor und Florett“
Fahrräder.

Viele Arbeiter bezeugen mir, daß sie mit meinen Rädern am besten und billigsten fahren. Bekannt kulante Bedienung und erleichterte Zahlungsbedingungen. Sämtliche Reparaturen und Ersatzteile. Schriftliche Garantie.

H. A. Hill Nachflgr., Walter Schmidt, Reparatur-Werkstatt, Johannisstraße 9.

Gesangverein „Eintracht“

Ausflug nach Mölln
mit nachfolgendem Ball im „Doktor-Hof“
am Sonntag, dem 2. Juli 1911.
Abfahrt 1.31 Uhr mittags. Rückfahrt 10.56 Uhr abends.
Preis für Mitglieder pro Person 1.50 Mk.
Nichtmitglieder pro Person 2.00 Mk.
Die Karten für Mitglieder sind nur beim Boten H. Hümöller, Alfstr. 31 und Sonnabend abends von 8-10 Uhr im Gewerkschaftshaus bis spätestens Sonnabend, den 1. Juli, zu haben. Für Nichtmitglieder nur bei **Friedr. Lender, Hüxstraße 94.**

Vereinigung der Athletenklubs
für Lübeck und Umgegend von 1908.

Grosses Sommer-Fest
verbunden mit
Meisterschaftsstimmen, Konzert mit nachfolgendem Ball
am Sonntag, dem 18. Juni 1911
im Restaurant „Neu-Lauerhof“.
Ca. 20 Konkurrenten (ein Fremder).
Anfang des Stimmens 3 Uhr, des Konzerts 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.
Das Komitee.

Arbeiter-Kinder-Fest
im „Tiergarten“
am Sonntag, dem 25. Juni 1911.
Ausmarsch mit Musik um 2 Uhr präzise. Sammeln 1/2 Uhr auf dem Burgfelde.
Sauben werfen, Topf schlagen, Wettlaufen und alle Art Belustigungen im Freien.
Familienkarte 30 Pfg.; jedes Kind erhält ein Geschenk.
Arbeiter und Arbeiterfrauen! Kommt mit Euren Kindern zu frohlichem Spiel in Wiese und Wald.
Die sozialdemokratischen Frauen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Freiweg“ Seereb.

Stiftungs-Fest
bestehend in Korfahrt, Preisschießen, Preisspielen und Ball
am Sonntag, dem 18. Juni
im Lokale des Herrn E. Cordts.
Anfang des Festes 2 Uhr. Eintritt eine Dame frei.
Dazu ladet freundlichst ein **Das Festkomitee.**

Schweinegilde St. Lorenz-Nord u. Gemeinde Vorwerk.
Einladung zum Ball
verbunden mit Konzert und Kinderbergnügen
am Sonntag, dem 2. Juli 1911
im Lokale des Herrn F. Jenkel, „Einsiegel“.
Von 4-6 Uhr Konzert, nachdem Ball. Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Wilhelm-Theater.
Garten (prachtvoller, angenehmer Familien-Aufenthalt).
Vielseitige Unterhaltung.
Für Kinder großer neuer Spielplatz.
Vorzügliche Restauration. Zivile Preise.

Waisen-Hof. Sonntag: TANZ.
Konzertthaus „Flora“
Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr, 65 Pfg.

Wetterichs Dampfer nach Waldhalle.
Täglich ab Holstenbrücke 9, 10.30 morg., 1.30, 3, 4.30, 6, 7.30 nachm.
Ab Waldhalle 9.45, 11.20 morgens, 2.15, 3.45, 5.15, 6.45, 8.15 nachm.
Am Sonn- u. Dienstag ab Holstenbrücke 9, 10.30 morgens, 1.30, 2.15, 3, 3.50, 4.30, 5.10, 6, 6.45, 7.30 und 8.20.
Ab Waldhalle 9.45, 11.20 morgens, 2.15, 3, 3.45, 4.30, 5.15, 5.50, 6.45, 7.30, 8.15 und 9 Uhr.
Zwischen Sophienstraße u. Waldhalle laut Fahrplan.

Neue Hafenfähre G. m. b. H.
Lübeck-Schwartau.
Linie Drehbrücke: Vorm. 8, 9.30, 11; nachm. von 1-9 Uhr halbstündl.
Linie Hülzerdamm: Vorm. 10 Uhr; nachm. 1.30, 2.45, 4.15, 6.15, 7.45 Uhr.

Restaurant Weißer Engel
Rakeburger Allee 29.
Sonntag, den 18. Juni:
Unterhaltungs-Musik.
Die Saal-Eröffnung findet umständehalber erst am Sonntag, dem 25. Juni, statt.
Fritz Hildebrand, Vertr.

UNIVERSUM.
Heute Sonnabend und morgen Sonntag:
Gr. Komödienabend.
1. „In fremden Betten“.
2. „Das kleine Geschenk“.
3. „Der Herr vom Hause“.
L. Puls.

Colosseum.
Sonntag, 18., Montag, 19. Juni
Nur 2 Gastspiele
der in allen Großstädten mit jubelndem Beifall aufgenommenen
Hamburger
plattdeutschen Schauspieler.
Dir.: Joh. Reimers.
— Familienbons gültig. —
Sensationell: Das Ereignis der
Neu! Saison. Neu!
Das Lustigste. Tollste a. Hamburg
Die Riete von Zippelhaus
ein Weib aus dem Wolke
oder:
:: Geheimnisvolle ::
Geistererscheinungen im
:: Gängeviertel. ::
Ein tolles Stück aus dem Hamburger Volksleben mit Gesang u. Tanz in 4 Abteilungen von
Walter Schmidt.
1. Abteilung: Ein Hamburger Hauswirt oder: Seine bessere Hälfte.
2. Abteilung: Die Wahrsagerin von Hamburg oder: Wat dat Geld nich deigt.
3. Abteilung: Die lustigen Becher oder: Der geheimnisvolle Teufelspuk.
4. Abteilung: Duffe Hamburger oder: Alte Liebe rostet nicht.
Preise der Plätze: Sperrpl. 1.50 Mk., 2. Platz 1.00 Mk., Galerie 60 Pfg.
Hier gest. ausschneiden!

Bon! Gültig für 1-4 Personen. Inhaber dieses Bons zahlt auf d. ersten beiden Plätzen nur die Hälfte des Kassenpreises pro Person.

Eintritt 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Karten im Vorverkauf u. Umtausch des vorstehenden Bons von Sonntag vormittag 10 Uhr ab ununterbrochen im Theaterkassa.

Stadthallentheater.
Sonntag 7 1/2 Uhr. 21. Ab.-Vorst.
Gastspiel des Herrn Ed. Goebel.
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten v. J. Strauß.
Eisenstein — Ed. Goebel.
Montag 8 Uhr. 22. Ab.-Vorstell.
Wann kommst du wieder?
Mittwoch: Gastspiel des Fräulein Wanda Wilden-Vielhaack.
Der Veilchenfresser

Die Hungernden teilen mit den Krüppeln und Armeseligen!

Rund eine Million Mark sind bis jetzt durch die in Deutschland grassierende Blumentage eingekommen. Sie sind in den Vereinskassen von hundertern der verschiedenartigsten und verschieden wertvollen Unterstüßungs-, Krüppel-, Hilfs- und sonstwelchen bürgerlichen Wohlfahrtsorganisationen wieder aneinander gelaufen.

Der Laumel der im Knopfloch sichtbaren Wohlthätigkeit hat alle Stände und Berufe erfüllt, die illustrierten Zeitschriften bringen „unser kaiserliches Enkelkind“ bei der Potsdamer Straßenspektakel in Margeritenblumen — wohlgerichtet aus Papier und in der Heimindustrie hergestellt — und die Fabrikanten und Großhändler der Blumenbranche lassen sich mit den niedrigsten Preisen für die im großen eingekaufte Papierware zufriedenstellen, es gilt ja einem wohlthätigen Zweck!

Aber drohend und groß taucht aus dem Dunkel, wo die Entertenten der Entertenten, die Heimarbeiter hocken und vegetieren, das Gespenst der Klage heraus. Es ist Tatsache, daß die ganze Blumenindustrie, soweit sie künstliche Margeriten, Kornblumen, Bellchen, Narzissen usw., herstellt, durch den Blumentagelaumel in das flüchtigste Glend hineingerissen wird. Ganz abgesehen davon, daß eine Heimarbeiterin, in der Wochenlohn von 7,50 bis 15 Mark die Regel sind, aus dem Pauperismus garnicht herausgekommen ist.

Die erste Folge des äußerst rasch steigenden Bedarfes an künstlichen Blumen bedeutete ein starkes Anwachsen der Heimarbeiter. Die Fabrikarbeiter in der Blumenindustrie kommen bei den gedrückten Preisen, die für die Zuarbeitung von künstlichen Blumen jetzt nur noch gezahlt werden, gar nicht mehr in Betracht. Die wenigen Fabriken, die in der Blumenindustrie existieren, konnten auch durch Akkordpreiserhöhungen bald die Blumentag Arrangierenden nicht mehr befriedigen, denn die erste Forderung war hier: Machen Sie einen möglichst billigen Preis und tun Sie so auch etwas für die Wohlfahrt. Die Fabrikanten, auch die Großhändler, die hier den Zwischenhändler darstellen, kamen diesen Wünschen natürlich entgegen. Die Profitmöglichkeit blieb ja erhalten, es galt nur, Arbeiter und Arbeiterinnen zu finden, welche für die niedrigsten Preise zu arbeiten geneigt waren. So ist der Preis der Margeriten in wenig mehr als zwei Monaten um ca. 30 bis 60 Prozent gesunken, d. h. so weit man es kontrollieren kann, in Wirklichkeit wird's noch schlimmer sein. So schrieb kürzlich ein Unternehmer an seine Fachzeitschrift folgendes interessante Bekenntnis: Seit Jahren habe ich Balais (ein Teil der Margerite) an Blumenfabrikanten das Gros von 30 Pfg. an geliefert. Kürzlich nun sollte ich einen großen Auftrag zu 18 Pfg. einschließlich Material übernehmen; ein Fabrikant fertigt Balais aus Watte geschnitten zu 11 Pfg. per Gros. Die stündliche Leistung (eines geübten Balaischneiders) ist 1½ bis 2 Gros, so daß also der geübte Arbeiter pro Stunde ca. 30 Pfg. verdienen konnte. Was soll er aber verdienen, wenn das Balais nur 11 Pfg. kosten soll? Statt Wolle zu 7,50 Mk. per Kilogramm nimmt man Watte zu 2,50 Mk. und statt 20 Pfennig per Gros Schneidelochn rechnet man 5 Pfennig, wenn auch der Arbeiter davon im höchsten Falle nur 5 Mark pro Woche verdient und dabei die Ware der reine Ramsch ist.

Das ist aber nur ein Ausschnitt, und jetzt ist's schon so schlimm geworden, daß die Heimarbeiterinnen für die bewilligten Preise nicht mehr arbeiten können, und gerade die fächlichen Heimarbeiter, von denen die Blumen zum meist hergestellt werden, gehören zu der Menschenklasse, bei der die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ das übliche ist.

Diese Heimarbeiter und -arbeiterinnen weigern sich, Blumen „Für die Wohlthätigkeit“ herzustellen, weil sie dabei verhungern müßten. So konnte man erleben, daß eine Frau mit sechs Kindern, also insgesamt vierzehn Hände, pro Tag, und dazu ist auch die Nacht gerechnet, 96 Pfennige verdient. Das heißt also, für das Gros völlig hergestellter Blumen nur noch 6 Pfg. Jetzt sind nun die Fabrikanten und Großhändler, um die „schönen“ Aufträge für Blumentage nicht zu verlieren, auf den raffinierten Gedanken gekommen, sich willige Hände zu suchen, die noch flüchtiger sind, als die ihrer alten Heimarbeiterinnen. Sie sind in die finsternen Winkel Sachsens gegangen und haben dort Arbeiterinnen schnell angelesen. Diese sind jetzt für Löhne tätig, welche nicht einmal die alten Heimarbeiterinnen satt machen konnten. So sind ganz neue Heimarbeitsgebiete in der Blumenindustrie entstanden, die wegen der Bedürfnislosigkeit ihrer Arbeiter die gefährlichste Schmutzkonzurrenz darstellen, die man sich nur denken kann.

Die Million, die durch die Blumentage bis jetzt schon eingenommen worden ist, würde nur möglich dadurch, daß Hunderte und aber Hunderte von Menschen bei der Blumenherstellung hungern. So steht die Wohlthätigkeit der Bourgeoisie aus!

Ein internationaler Seemannsstreik.

Die Reeder sind in den von der Bewegung betroffenen Ländern sehr optimistisch gestimmt. Sie stellen sich, als ob sie die ganze Sache nur mäßig interessiert. Ob sie so zuverlässig bleiben werden, wenn ihre Schiffe fertig zum Ausfahren an der Wasserkante liegen bleiben müssen, ist eine andere Frage. Ein Streik der Seeleute kann nicht plötzlich wirken, sondern er beginnt erst allmählich immer stärker und stärker zu wirken, sobald die auf Fahrt befindlichen Seeleute in den Heimathäfen zurückkehren und sich den Streikenden anschließen. Es ist durch internationale Verständigungsmittel Vorsorge getroffen, daß, sobald der Streik proklamiert wird, überall in allen ausländischen Häfen durch Abgesandte der Organisationen die Besatzungen der vom Streik betroffenen Schiffe informiert und aufgefordert werden, rechtzeitig ihre Kündigung einzureichen. Es besagt also garnichts, wenn hier und da eine großartige Wirkung des Streiks noch nicht zu verspüren ist, oder wenn noch Schiffe in See gehen können, denn die Mannschaft dieser Schiffe hat noch vor der Streikproklamation angemustert und darf selbstverständlich nicht kontraktbrüchig werden, da sie sonst mit dem Strafgesetz in Konflikt kommt.

Amsterdam. Die Amsterdamer Seeleute sind organisiert in dem N. G. Ned. Seemannsbond. Die Abteilung zählt 900 Mitglieder, ist bei dem anarchistischen „Nationaal Arbeidssekretariat“ (N. A. S.) angeschlossen und steht auf dem Standpunkt der „unabhängigen“ Gewerkschaftsbewegung. Am 25. Juli v. J. reichte diese Abteilung den örtlichen Reederen ihre Forderungen ein. In der Hauptsache wurde gefordert: Erhöhung des überstundentlohnens von 10 auf 25 Cents pro Stunde; eine detaillierte Regelung der Arbeitszeit und Wachen; gehörige Verpflegung an Bord, von den Reederen in eigene Regale zu nehmen; bei Unfällen eine Unterstützung gleich den Bestimmungen des nicht für die See-

leute gültigen Unfallgesetzes; bei Krankheit ärztliche Behandlung und Verpflegung nebst Unterstützung wie bei Unfällen bis zu sechs Monaten; Erhöhung der Steuer um 6 Fl. pro Monat für Seeleute, die weniger als 25 Fl. pro Monat haben, um 3 Fl.; Abschaffung der Prämien und Erhöhung der Steuer; freier Zugang der Organisationsleitung zu den Schiffen; Abschaffung der Zeugnisbücher über Betragen, Bequemlichkeit und Eifer bei der Arbeit an Bord; Abschaffung der körperlichen Untersuchung vor jeder Reise.

Für einzelne Reederen wurden noch besondere Forderungen aufgestellt.

Nach einigen Konferenzen bekam die Organisationsleitung im Laufe des September von fünf großen Reederen die Mitteilung, daß man einige Verbesserungen einführen wolle, Verbesserungen, die von der Organisation im Verhältnis zu ihren Forderungen für zu gering erachtet wurden.

Am 12. Mai d. J. wurden die Reederen neuerdings um Aufnahme der Unterhandlungen über die Forderungen vom Juli 1910 ersucht. Nur eine Reederlei war zu Unterhandlungen bereit. Der „Hollandsche Lloyd“ und die „Nederland“ erhöhten die Steuer um 2 Fl. pro Monat. In einer Versammlung am 6. Juni wurde erklärt, mit den eingegangenen Antworten nicht zufrieden zu sein und deshalb nochmals bei den Reedern vorstellig zu werden. Das hatte keinen Erfolg.

Zu den Forderungen vom Juli 1910 waren inzwischen einige neue hinzugekommen und zwar: Ernennung einer aus beiden Parteien zusammengesetzten Kommission, die unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden eine Verbesserung der Mannschaftsräume an Bord anstreben soll. Außerdem wurden verschiedene Änderungen der Musterrolle gewünscht.

Am 13. Juni fand nun in Amsterdam eine Versammlung der Abteilung statt. Es waren ungefähr 250 Personen anwesend. In dieser Versammlung sollte die Entscheidung fallen. In der Abstimmung durften sich nur die Seeleute betheiligen, die vollständig frei waren, nicht solche, die noch unter der Musterrolle standen. Aus diesem Grunde nahmen nur 153 Mitglieder an der Abstimmung teil, 150 stimmten für den Streik, 2 dagegen, 1 enthielt sich der Stimme. Damit war der allgemeine Streik der Seeleute für Amsterdam vom 14. Juni ab proklamiert. Die Zahl der Fahrsteuere von Amsterdam wird auf 2300—2500 geschätzt. In letzter Zeit hat die Abteilung gute Fortschritte gemacht, so daß sie jetzt 1400 Mitglieder zählt, also etwa 70 Proz. Etwa 200 Mann traten zunächst in den Aufstand und verweigerten die Annusterung auf „Pollux“, „Flora“ und „Zella“, alle drei von der „Kon. Ned. Stoombootmaatschappij“. Für die „Rijnland“, von dem „Kon. Holl. Lloyd“ und der „Rotterdam“, von der „American Petr. Comp.“ haben sich nur einige Maschinisten, Offiziere und Köche annustern lassen. Matrosen und Heizer waren fern geblieben. Der Streik wird allmählich den großen Schiffsverkehrs von Amsterdam unterbinden.

Rotterdam. Die Seeleute sind hier in der Vereinigung „Volharding“ organisiert, die sich unlängst in eine Landesorganisation umwandelte und der N. B. W., der holländischen Gewerkschaftszentrale angeschlossen ist. Der Verband steht auf dem Boden der modernen, zentralistischen Gewerkschaften. Die Reeder haben auch hier jede Verständigung abgelehnt. Am 14. Juni wurde der Streik proklamiert. Da die meisten holländischen Schiffe, in Rotterdam anwesend, bereits gemustert haben, so wird der Streik in den ersten Tagen klein einsetzen, doch sich allmählich mehr und mehr ausbreiten. Die Besatzung der Wochendampfer kündigte sofort ihr Dienstverhältnis. In Rotterdam bereitet man sich auf einen langen Kampf vor. Der N. B. W. hat Unterstützung zugesagt.

Antwerpen. Der Streik ist erklärt. Obgleich sich der Bürgermeister von Antwerpen alle Mühe gibt, einen Vergleich herbeizuführen, scheiterte dieser Versuch doch bisher an der Halsstarrigkeit der Reeder in der Federation Maritime. Die gesamte organisierte Arbeiterschaft von Ant-

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtet.

(82. Fortsetzung.)

„Heute hat er's vortrefflich gemacht; heute soll er ein großes Stück Fleisch haben;“ diese versöhnlichen Worte entquollen — zwischen jedem ein Köffel voll Suppe als Gedankenspeise — dem heiseren Munde des Wörbers.

In Anton ging das Bewußtsein auf, abermals mit „Seinesgleichen“ in Verührung zu geraten. Er wendete sich fragend an die Diensthöfen des Hauses und erfuhr, daß sein Nachbar niemand anders sei, als der auf Kunstreisen begriffene, berühmte Hund des Abtes de Montdidier, der die renommiertesten, auf Gastreisen umherreisenden Schauspieler in vielen Dingen übertrifft, vorzüglich aber in dem Triumph, welche seine Kunst über die verübte, veränderungsflüchtige Masse des schaulustigen Publikums davon getragen. Dieses, bei anderen Schauspielern auf häufigen Wechsel, neue Stücke, verschiedenartige Charaktere erpicht, habe für die Leistungen jenes Schafpudels eine so kindliche Pietät, daß es nicht müde werde, ihn stets nur in einer und derselben Rolle zu bewundern; daß es ihm zu Gefallen sogar den menschlichen Appendix von heiserem Wörber und edler Mutter sich gefallen lasse, weil es in letzterem die zweibeinigen Pflegeeltern des vierbeinigen Meisters verehere.

Kann es Undegreiflicheres auf Erden geben als dies sogenannte Publikum?

„Und dann,“ — so fügte der gesprächige Hausknecht des Gasthofes zum Elefanten hinzu, — „dann müssen Sie auch bedenken, was für Krabalen der Hund anzustellen gehabt, bis er auf unserem Hoftheater spielen durfte! Das war schrecklich! Der Direktor hat sich mit Händen und Füßen dagegen gestemmt. Durchaus wollte er's dem armen Vieh nicht vergönnen. Aber die Schauspieler, die mit dem Hund reisen, haben sich hinter die Madame J. gestellt, die ist gut mit unserem Gnädigsten, und die hat es glücklich durchgesetzt. Nu' hat der Hundesieb die Direktion niedergelegt! Als ob das ein Unglück wäre! Es wird ohne ihn auch gehen, und wir haben doch den Hund gehabt, so gut wie jede andere Residenz, und wir brauchen uns nicht mehr zu schämen, daß wir zurückgeblieben sind!“

„Ist der abgegangene Direktor auch ein Schauspieler?“ fragte Anton ziemlich gleichgültig.

„Gott behüte“, erwiderte der Hausknecht; der ist ein Dichter, der —“ Und jetzt hörte unser Freund einen Namen, an dessen Klang sich für ihn der zwiesache Zauber jugendlicher Liebesträume und erster poetischer Eindrücke

knüpfte; einen Namen, in dessen Gefolge eine Zahl von Liedern wach wurde, die nur im Gedächtnis schlummernd, eines Wortes bedurften, um frisch aufzuleben; einen Namen, den Anton tausend- und aber tausendmal gedacht, ausgesprochen, seitdem er ihn kannte, ohne daran zu denken, daß er einem Lebenden gehöre, daß derjenige, der ihn trug, überhaupt jemals gleich anderen Menschen auf Erden gelebt habe! Wenn Anton auf dem Titelblatt eines gedruckten Buches diesen Namen gelesen, war ihm stets unmöglich gewesen, denselben in seiner Phantasie mit irgend einer Persönlichkeit in Verbindung zu bringen; dieser Geist, gerade weil derselbe das rein Menschliche in allen Tiefen und Höhen durchdrungen, schien ihm so wenig an eine körperliche Form gebunden, daß Anton's Einbildungskraft sich kein Individuum dabei vorstellte. Ihm war es die Dichtkunst selbst, die zu ihm redete durch den lebensreichsten, deutschen Dichter. Und jetzt sollte er vernehmen, daß in dieser kleinen Stadt, wohin sein Wanderspiel ihn geworfen, dieser noch als ein Mensch unter gewöhnlichen Menschen lebende Poet die armeseligen Blacereien und Qualen anderer Geschöpfe mit erdulde; daß er es nicht verschmäht habe, dem leichtsinnigen Treiben der Bretterwelt Führer zu sein! daß ein Hund ihn verdrängt habe; — Anton hätte dem Hausknecht unarmen mögen!

„Steht es also um die Götter dieser Erde!“ rief er aus, „sind auch sie dem Glend unterworfen, Staubgeborene zu heißen? Nun, dann wäre es ja Zeit, zu lächeln bei eigenem Jammer und von allem, was sich mit uns begibt, nur die lustige Seite herauszuföhren. Das will ich von nun an, — aber sehen will ich ihn, bevor ich meinen Stab weiter setze!“

Und er sah ihn; sah ihn des anderen Morgens am Fenster stehen, es öffnen, einen Atemzug aus reiner Winterluft schöpfen, sein Auge zum hellen, kalten Neuhärschhimmel hinaufheben! — und nachdem Anton dies gesehen, fragte er sich: was hätte ich noch im „Elefanten“ zu schaffen?

Er verließ die Stadt.

Da er die nicht entfernte Grenze seines Vaterlandes überschritt und sich den üblichen und beliebten Zeremonien des Wirtstrens unterwerfen mußte, machte er durch sein Erscheinen den Grenzwächtern mancherlei zu denken. Sie konnten sich's nicht erklären, wie ein junger Bursch, den man seinem Äußern nach für einen wohlhabendsten Handwerksgehilfen halten mußte, zu einem Pariser Legationspaß von so unumfänglicher Dauer gekommen sei. Ein Kontrolleur richtete an ihn die halb neugierige, halb amtliche Frage, was er in benachbarter Residenz begonnen, was er dort gesucht habe. Und wie Anton erwiderte, er sei bloß deshalb dort gewesen,

um den Verfasser von „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ persönlich kennen zu lernen, weil er bei diesem ein neues Buch unter dem Titel „Anton Gahns Wanderjahre“ hestellen wolle, so sah man ihn zweifelnd an, ob er für einen Wahnsinnigen oder für den natürlichen Sohn des Herrn Viktor in Amerika gelten solle, welcher letztere sich vorgeeigt habe, von den 145 Millionen Dollars seines Vaters ein von der Bank gefallenes Millionchen auf dieser Fußreise in Taler zu übersehen! Um sicher zu gehen, behandelte man ihn mit Zurückhaltung; doch als weder Taler noch Dollars zum Vorschein kamen, schlug sich die Mehrzahl der Beobachter auf die Seite des Wahnsinns und gab das Kind der Liebe und der amerikanischen Millionen an.

Um so viel leichter wanderte unser Held von dannen.

Er gelangte, einen Rückschritt machend, nach G., woselbst er unter jeder Bedingung ein Unterkommen suchen wollte. Nötigenfalls war er entschlossen, in ein dort liegendes Regiment als gemeiner Soldat einzutreten. Wohl bekannt mit den Ausfichten, die einem solchen im Frieden blühen konnten, zog er die langweilige Einförmigkeit des Garnisonlebens endlich doch der Heimkehr nach Liebenau bei wemtem vor. Er sah sich bereits, ein Liebhaber seines Hauptmanns, zum Unteroffizier befördert, und gefiel sich gar nicht übel, wenn er zur Parole ging und aus allen Fenstern die schönen Töchter des Landes nach ihm blickten. Mitten in diese bescheidenen Träume hinein sprengte freilich das längst verblühtene, nun wieder auflebende Bild des Kunststellers Antoine und rief ihm zu: „Unter die Fußlatzler!“ wirst du doch nicht gehen, Bruderherz? Wofür gäbe es Fußaren, Dragoner, Kürassier?“

Aber ihm war weder beschieden, des Reiters Säbel, des Mannen Lanze, des Grenadiers Musfete, noch des Jägers Büchse zu ergreifen; den Violinbogen wollte sein Schicksal ihm noch einmal in die Hand legen.

Gleich nach seiner Ankunft machte er die Bekanntschaft eines alten Tanzlehrers, des Herrn Lémonier-Mirabel de la Garde, de la Tour d'Auvergne. Als dieser sich ihm, umhüllt vom Rauchqualm des engen Gastzimmers, vorgestellt und genannt, selig, einer französisch redenden Zunge zu begegnen, erbat Anton sich die Vergünstigung, besagten Namen um vier Fünftel abkürzen und ihn schlechtweg „Mirabel“ nennen zu dürfen, was huldreichst bewilligt wurde.

Herr Mirabel hat seine Schüler und Schülerinnen stets im Dunkel darüber gelassen, ob er ein Auswanderer, der

*) „Fußlatzler“ nennt man hier und da spottweise und im Gegensatz zur Kavallerie die Infanteristen.

werpen wird schon jetzt zur finanziellen Unterstützung des Streiks herangezogen. Alle belgischen Gewerkschaften haben ihre Unterstützung zugesagt.

England. Eine bedeutende Rolle in der Streikbewegung wird die Union der Schiffsbau, Stewards, Bäcker und Schlachter spielen, die ihren Hauptsitz in Liverpool hat, dem Hauptquartier bedeutender Reedereien. Diese Gruppen seemannischer Arbeiter haben sich erst vor zwei Jahren modern organisiert und zählen jetzt 3000 Mitglieder. Es besteht noch eine Organisation, die Society of Sea-going Stewards, eine alte Streikbrecherorganisation, welche aber von der Union mit großem Erfolge bekämpft wird. Geling es der Union, ihre Mitglieder von den Riesendampfern herunterzuholen, woran garnicht zu zweifeln ist, dann wird Mister Laws, der Manager von der Shipping Federation, nicht mehr so von oben herab zu den Organisationsvertretern reden. Das Bedienungspersonal bildet auf den Riesendampfern, wie Lusitana, Mauritania, Olympic usw. immerhin einen so wichtigen Bestandteil der Besatzung, daß ohne solches das Schiff nicht in See gehen kann. Southampton, Glasgow und Liverpool, die Orte mit Filialen der Union, werden zunächst die Ausgangspunkte des Streiks sein. Andere Häfen folgen nach. In Liverpool wird Tom Mann den Streik leiten. Ob in London der Anschluß der Docks (Hafenarbeiter), Carmen (Fuhrleute), Lightermen (Reichter-Schiffer auf der Themse) und Stevedores (Schauerleute) an die Seemannsbewegung bevorsteht, läßt sich noch nicht sagen, ist aber sehr wahrscheinlich.

North America. Die Abteilungen der International Leamen's Union of America an der atlantischen Küste sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Abteilungen der Stewards und Köche, der Heizer und die der Matrosen haben sich in einem gemeinschaftlichen Schreiben an die verschiedenen Dampfschiffsgesellschaften in Newyork und Boston gewandt, mit dem dringenden Ersuchen, bis zum 1. Juni Antwort zu geben, ob sie zu einer Konferenz mit den Vertretern der Organisation bereit sind, um mit diesen die Forderungen der Seeleute zu besprechen. Im Falle keine Antwort erfolgt, soll, sobald der Ausbruch des Streiks der europäischen Seeleute bekannt wird, auch an der atlantischen Küste der Streik erklärt werden.

North America. Die North Matrosen und Feuertücher Union, welche ihren Sitz in Kristiania hat, reichten den Schiffseignern auch Forderungen ein mit dem Ersuchen um Unterhandlung. Die Reeder antworten, daß sie vor September nicht in der Lage seien, mit der Union in Unterhandlungen zu treten. Die Union beschloß darauf, ihre Mitglieder aufzufordern, vom 14. Juni ab nicht unter 70 Kr. anzunehmen. Vielleicht erklären sich die Reeder dann eher dazu bereit, das Verlangen der Union, einen Tarif mit ihr abzuschließen, zu erfüllen. Die Union hat bereits Tarife mit mehreren Reedereien abgeschlossen, so kürzlich mit einer in Sibirien, wo eine Steuer von 60 Kr. pro Monat und 40 Dre für die Überfrachte festgesetzt wurde.

Danziger Assessoren-Justiz.

Seit Jahren schwebt das Projekt der Eingemeindung des 10000 Einwohner zählenden Ortes Oliva nach Danzig. Im vorigen Jahre kam es wieder zu offiziellen Verhandlungen des Magistrats mit dem Gemeindevorstande, die sich jedoch wider alles Erwarten zerschlugen. Der konservative Gemeindevorsteher Luchterhand in Oliva, der solange zur eingemeindefreundlichen liberalen Gemeindepartei gehörte, schwenkte plötzlich zu der die Eingemeindung ablehnenden konservativen Kommunalpartei über. Gerüchte behaupteten, daß die in Oliva stark durch Terrains engagierte Allgemeine Bodengesellschaft Danzig-Berlin mehrere Gemeindevorsteher durch Gutscheine mit der Zuficherung von 500 Mark bar oder 500 Quadratmeter Land zur Abstimmung für die Eingemeindung bewegen wollte. Ebenso wurde behauptet, daß der Gemeindevorsteher von der Gesellschaft ein Grundstück, das 2100 Mark wert ist, für nur 50 Mark erhalten habe. Als dieser „Kauf“ festgesetzt wurde, habe er das Grundstück zurückgegeben und später seinen Standpunkt zur Eingemeindung gewechselt. Diese Dinge mußten die Öffentlichkeit natürlich lebhaft beschäftigen. Die bürgerliche Presse nahm dazu fortgesetzt Stellung und iparte nicht mit mehr oder weniger offenen Angriffen gegen den Gemeindevorsteher. Im Dezember besprach auch unsere „Volkswacht“ jene Vorkommnisse als „russische Korruption“ in einer scharfen, gegen die Machenschaften der Terrainspekulanten gerichteten Kritik. Der Gemeindevorsteher war gar nicht angegriffen. Er selbst fühlte sich auch nicht beleidigt. Erst als ihm der Landrat, der ebenfalls den ominösen „Kauf“ miß-

billigte, ihm den Artikel zuschickte, stellte Luchterhand wegen der — Überschrift gegen den Redakteur Strafantrag.

Vor dem Schöffengericht wurden die Bestechungsverfälschung der Gesellschaft festgestellt. Ebenso wurde erwiesen, daß dem Gemeindevorsteher von der Gesellschaft ein Grundstück ohne Bezahlung als Eigentum aufgelassen wurde. Luchterhand beschwor jedoch, daß er sich dadurch keineswegs im Interesse der Terrainspekulation beeinträchtigt fühlte. (!) Er wünschte abichtlich nur den Scheinbesitz eines Grundstückes, um die Wählbarkeit für den Kreisrat zu erhalten. Gleichzeitig erklärte der Herr Gemeindevorsteher, er habe wohl gemerkt, daß man zu diesem Zweck wirklicher Besitzer sein müsse! Es wurde auch eidlich festgestellt, daß der Schöffe Kühne in Anwesenheit des Landrats erklärt hatte: „Der Dummkopf L. läßt sich ja Land schenken.“ Der Verteidiger Haase-Rönigsberg ironisierte die schrankenlose Abhängigkeit des so harmlos besetzten Gemeindevorstehers. Er stellte fest, daß dieser nach der durch die erfolgte Kritik veranlaßten Rückgabe des Grundstückes Gegner der Eingemeindung wurde. Haase folgte, daß L. viel mehr Anlaß habe, sein Amt niederzulegen, als Strafanträge zu stellen! Das Gericht verurteilte aber trotzdem den Genossen Crispian zu 100 Mark Geldstrafe. In der folgenden Zeit renommierte Luchterhand in der Gemeindevorstellung, daß er in der Berufungsinstanz schon herausbringen werde, wer dem sozialdemokratischen Verteidiger die Vorgänge auf dem Landratsamt mitgeteilt habe.

Vor der Strafkammer zu Danzig erschien L. denn auch am 9. Juni als Zeuge und Nebenkläger. Andre Zeugen waren nicht geladen. Wieder wollte er sich bei dem großmütigen Gesichte nichts gedacht haben. Der Scheinbesitz für die Kreisratswahl sei auch einwandfrei, weil es der Bürgermeister von Lauban in Schlesien ähnlich gemacht habe. Das Grundstück habe er zudem sofort an die Gesellschaft zurückgegeben, als wieder offizielle Verhandlungen wegen der Eingemeindung begannen. Hierzu wurde nun aber aktenmäßig festgestellt, daß die Verhandlungen bereits am 29. September begannen, während die Rückgabe erst am 2. Dezember erfolgte! Herr Luchterhand verwarf auch total die angebotene Inquirierung des Verteidigers. Um so schneidiger ging der Staatsanwalt, Assessor Dr. Dobrina, ins Zeug. Er behauptete, Crispian habe leichtfertig als Ehrabschneider gehandelt! Ehrabschneider und Diebstahl müßten mindestens im Strafmaß gleichgestellt werden! Geldstrafe bezahle bei solchen Leuten doch nur die Parteikasse. Wenn auch der Angeklagte bei seiner Parteistellung eine Freiheitsstrafe nicht als entehrend ansehe, so müsse die — bürgerliche Gesellschaft ihn doch infamieren!!! Er beantrage einen Monat Gefängnis! Der Verteidiger, Genosse Haase, verbat sich diese ungezügeltere Sprache, die dem Staatsanwalt um so weniger anstehe, als er selbst über angeblich zu harte Ausdrücke urteile. Der Angeklagte habe nur ein gutes Wort getan. Die Tatsache, daß Luchterhand mit der Rückgabe des Grundstückes zum Gegner der Eingemeindung wurde, liesse fest. In seinem Verhalten sei diese auch tatsächlich gescheitert. Die von ihm selbst zugegebene Absicht, seine Wähler und die Behörden durch den Scheinbesitz über seine Eignung als Kreisratsabgeordneter zu täuschen, sei unerhört. Es müsse Freisprechung auf Grund des § 193 erfolgen.

Trotz der erhaltenen Abfuhr erwiderte der Assessor, daß er nicht gewöhnt sei, mit solchen Leuten anders als mit Ehrabschneidern umzugehen. Durch den Artikel sollte doch nur gegen die Kapitalisten gehetzt werden!

Genosse Crispian erwiderte dem eifernden Hüter der Gerechtigkeit: „Der Staatsanwalt hat mich einen Ehrabschneider genannt. Es ist kein Heldentat, wenn ein Mann seiner Stellung einen schlaglosen Angeklagten so bezeichnet. Solch ein Mensch kann mich aber nicht beleidigen!“ Nun beantragte der Assessor Crispians Bestrafung wegen Ungebühr vor Gericht. Nach kurzer Beratung verwarf das Gericht beide Berufungen. Der Vorsitzende erklärte, das Gericht habe nicht einmal daran denken können, auf Gefängnis zu erkennen. Der § 193 habe nicht zuerkannt werden können, obwohl das Gericht nicht verkenne, daß hier ein Grenzfall seiner Anwendung vorliege. Crispian konnte wohl glauben, was über den Gemeindevorsteher und sein unvorzügliches Engagement durch die Gesellschaft bekannt wurde. Aber L. habe beschworen, daß er sich einer Beeinflussung nicht bewußt war. Deshalb mußte Verurtei-

lung erfolgen. — Die ruhige Begründung war die schärfste Verurteilung des Staatsanwalts. Noch schärfer wurde er dadurch zurückgewiesen, daß das Gericht sich nicht mit einem einzigen Wort zu seinem Ungebührantrag äußerte!

Nun kommen noch die „Danziger Neuesten Nachrichten“ und weisen dem kaum in seiner Ehre reparierten Gemeindevorsteher nach, daß er in dieser Verhandlung eine sie selbst betreffende mindestens fahrlässige Verletzung seiner Eidspflicht begangen habe. Und dabei kam das Gericht allein im Vertrauen auf seine eidlische Zuverlässigkeit zu der Verurteilung unseres Genossen!

Aus der Partei.

Offentliches Versammlungsrecht. Am 7. Juni ersuchte ein Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Vereins im Wahlkreis Görtlich-Lauban den Amtsvorsteher in Schönbrunn um die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel. Als am 12. Juni noch kein Bescheid eingetroffen war, fragten unsere Genossen beim Landrat an, warum keine Antwort vom Amtsvorsteher einlaufe. Der Landrat versprach, Rücksprache mit dem Amtsvorsteher zu nehmen, der dann auch endlich am 13. Juni folgende Antwort gab:

„Zu der am 18. Juni . . . beabsichtigten politischen Versammlung kann die Genehmigung nicht erteilt werden, weil zu wenig Raum vorhanden ist, auf Nr. 101. (Dem betreffenden Grundstück.) Es sind auch in der Gemeinde Schönbrunn zu viel anderer Meinung denkende Personen vorhanden, es könnte dadurch leicht zu Reibereien kommen, welche schließlich in Tätlichkeiten ausarteten.“

Der Amtsvorsteher. Dom sch. Selbstverständlich haben unsere Genossen Beschwerde eingelegt und darauf hingewiesen, daß auf dem betreffenden Grundstück Raum genug für die geplante Versammlung vorhanden sei. Sie wiesen weiter darauf hin, daß unsere Partei im Wahlkreis Lauban schon sehr viele Versammlungen abgehalten habe, ohne daß es zu Reibereien gekommen wäre. Dem Amtsvorsteher ist das auch nicht unbekannt. Wahrscheinlich traut er den „anderer Meinung denkenden Personen“ in Schönbrunn nichts Gutes zu; denn die „anderer Meinung denkenden Personen“ sind meistens Mitglieder des Bundes der Landwirte. Von ihrem Verhalten in gegnerischen Versammlungen hat auch der jetzige Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises, Dr. Mugdan, erbauliche Proben erhalten. Im Januar d. Js. sprach er in einer von den Freisinnigen einberufenen Versammlung in Schönbrunn, die auch stark von den Bündlern besucht war. Als die Versammlung drei Stunden gedauert hatte, versuchte der Leiter die Diskussion mit der Wortführung abzubrechen, Mugdan müsse noch mit dem Nachzuge nach Berlin zurückkehren. Einer der bündlerischen Führer forderte die Versammelten zum Bleiben auf und teilte mit, er habe eine neue Versammlung angemeldet. Überrascht zogen die Freisinnigen ab, und die Bündler tagten weiter. Das in Görtlich erscheinende freisinnige Blatt schloß damals seinen Bericht über die Versammlung betrüblich mit folgender Bemerkung ab: „Bis jetzt haben in unserem Wahlkreis nicht einmal die Sozialdemokraten mit solchen unlauteren Experimenten zu operieren versucht.“

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher des Stadt- und Landkreises Solingen, an der auch Stadtverordnete aus den benachbarten Kreisen Remscheid und Mettmann teilnahmen, tagte im Gewerkschaftshaus in Solingen und nahm u. a. zu der bevorstehenden Bürgermeistereiwahl in Görtlich Stellung. Es wurde die Frage erörtert, ob ein Sozialdemokrat, ohne gegen das sozialdemokratische Programm zu verstoßen, den Posten eines Bürgermeisters in einer preussischen Gemeinde annehmen könne. Der Referent, Genosse Kreuzer-Solingen führte aus, daß schon die Vorgänge gelegentlich der Stuttgarter Bürgermeistereiwahl gezeigt hätten, daß dies selbst in Süddeutschland, wo doch fortschrittlichere Verhältnisse herrschen, als in Preußen, große Schwierigkeiten habe und den Kandidaten zu Verfalls gegen das Parteiprogramm veranlasse. Für Preußen, wo viel reaktionärer regiert werde, müsse die Frage verneint werden. Der § 53 der Rheinischen Städteordnung verlange: „Der Bürgermeister hat folgende Geschäfte zu erledigen: 1. Die Gesetze und Verordnungen sowie die Verfügungen der ihm vorgesetzten Behörden auszuführen und den ganzen Geschäftsgang bei der städtischen Verwaltung zu leiten und zu beaufsichtigen.“ Dies würde in der Praxis dahin führen, daß bei einem etwa ausbrechenden Streit der Landrat verfüge, daß die Gemeinde zum Schutze

die Revolution vertrieben, oder ob er ein Deserteur jener Armee sei, welche die Revolution verfolgte. Denn seine eigenen Erzählungen schwanken zwischen beiden Möglichkeiten hin und her. Ebenso unklar blieb die junge hüpfende Welt über das Lebensalter ihres Vortänzers, der von sechzig Jahren, — und diese mag er wirklich gezählt haben, — wenn er bei guter Laune war, bis auf achtzig, neunzig, ja hundert hiege. Da gab er dann auch wohl nicht unbedeutlich zu rücken, es sei nicht wahr, daß dieser „erle Oberländer Franzose“, der tapfere Latour d'Auvergne, im Kampfe geblieben; es gäbe noch Leute, die das Gegenteil beweisen könnten, wenn sie — und er nicht Gründe hätten, darüber zu schweigen. Er war sonst ein lustiger, gutmütiger Mensch, der sein Menuett mit feiner Haltung strich, wobei er ziemlich genau mit einer kleinen Geige aufspielte. Für große Städte war er längst aus der Mode; deshalb zog er seit Jahren im Lande umher, den Winter in Mittelstädten, den Sommer auf Dörfern zubringend, woselbst er die Töchter der wohlhabenden Beamten in der verführerischen Kunst unterwies, wohlhabenden Bürgerstöhlen durch ihren Tanz in die Augen zu fischen. Als Anton ihn kennen lernte, befand er sich in peinigender Verlegenheit wegen seines Orchesters, dem er bisher selbst und allein vorgesungen, was aber jetzt unmöglich wurde, weil die Sicht sich der alten Finger zu bemächtigen drohte.

„Hände ich nur einen Menschen von Bildung und anständigem Benehmen, der mich zu meinen Lektionen begleitete: denn mit einem Musikanten von gewöhnlichem Schlage ist mir nicht gedient. Französisch mag er sprechen, ein Ausländer muß er scheinen, sonst ist's um mich gefährlich.“ In den Häusern, wo ich unterrichtete, können sie nichts Deutsches brauchen, eben weil sie echte Deutsche sind.“

Anton ließ sich nicht zweimal sagen. Er bot sich zum Geiger dar und versprach gebrochenes Deutsch. „Habe ich Kamele in Gang gebracht“, sagte er zu sich selbst, „warum sollte ich Herrn Mirabels Schülerinnen nicht tanzen machen?“

Der Afford war bald geschlossen. Mirabel gab deutlich zu verstehen, daß er auf die Anmut seines jungen Münters festere Hoffnung eines reichen Zuwachses an tanztüchtigen Damen gründe. Sie wurden einig über ein Drittel des Lektionsgeldes, welches dem Orchester zufallen sollte. Die neue Besetzung wäre von allen bisher behaupteten unbedeutlich unseres Helden bedenklichste geworden, hätte

nicht das Erlebnis mit Kästners Adelheid seine Eitelkeit so tief gedemütigt, ja, ihn fast männlichen gemacht, so daß aus seinen Augen, wenn Mirabel mit Dugenden von halb und ganz erwachsenen Mädchen sich um ihn und seine Bioline umherbewegte, kaum ein Blick der Erwidrerung den unzähligen Blicken zuteil ward, welche sich fragend nach dem interessanten Geiger wendeten. „Wägen sie doch hüpfen, lächeln, sichern, ertönen — mich soll keine mehr für einen Narren halten!“ sagte er.

Freilich wohl plagte ihn nicht selten die Langeweile, wenn er Tag für Tag dieselben Tänze streichen mußte. Er konnte Mirabels deutsches Wörterbuch schon in- und auswendig. „Mehr gräse, mes dames! Ich bitten Jhr' pour l'amour de Dieu, Sie flieg' um sich mit Jhr' Arm' wie Windmühl! Kopf hurud, Brust aus, Magen einwendig, linke Hinterfuße mit nachhleppe; Sie geb' mit Achtung, Sie chagriniert' alte hundertjährige Mirabel, daß muß sterb' in Blüt' von sein' Jogh!“

Das war der Text, den Anton melodramatisch zu begleiten hatte.

Unter den verschiedenen Gruppen hübscher und häßlicher, grazioser wie plumper Jungfrauen, die sich in verschiedenen Häusern zu verschiedenen Stunden und Tagen vereinigten, befand sich in dem Hause einer Majorin, die sich vor allen übrigen auszeichnete, weil dort wohlgezogene, beschiedene, niedliche Kinder mit ihren Müttern, von diesen überwacht, erschienen. Sie bildeten eine Quadrille von vier Paaren. Doch waren nur eben Mütter bei dem Unterricht zugegen. Das achte Mädchen, das schönste, reifste, bescheidenste von allen, hatte keine Mutter mehr, sie kam unbegleitet und allein. Sie wurde Hedwig genannt. Wer und was ihr Vater sei, blieb Anton unbekannt. Zu fragen, überhaupt von ihr zu sprechen, blieb ihm unterlagt. Mit wem hätte er von diesem Mädchen sprechen sollen? Mit dem alten, prahlenden, lügenden Schwäger, dem er diente? O nein, das wäre eine Entweihung gewesen. Er begnügte sich, sie schweben zu sehen, — denn sie schwebte, wo die anderen sprangen oder gingen. Er begnügte sich, bisweilen eine Silbe von ihren Lippen zu vernahmen, wenn sie wortkarg und sanft den lustigen, geprügelten Mitschülerinnen eine Antwort erteilte. Er fühlte, was er noch keinem weiblichen Wesen gegenüber gefühlt: ein beglückendes Bewußtsein ihrer Nähe, ohne die geringste Vermischung irdischer, eiler oder lester Wünsche. Die Entfernung von seiner im Schmutze

des Lebens besteckten Persönlichkeit bis zu ihr, die ihm ein Vorbild kindlicher Anschuld und Reinheit erschien, dünkte ihm so weit, daß ein Gedanke an Annäherung nicht in ihm aufsteigen konnte. Wenn sie ihn ansah, was allerdings bisweilen geschehen mochte, schlug er beschämt die Augen zu Boden, — aber auch dann empfand er den beseligenden Zauber der ihrigen bis tief in die innerste Seele. Dann zitterten die Töne seines Instrumentes wunderbar, und er legte in die leichten, tausendmal gespielten Tanzweisen einen Ausdruck, wie noch kein Musikant getan, der je vor ihm gespielt hat.

Wenn man sich mit allen Kräften, Erwartungen, mit aller Sehnsucht auf eine bestimmte Stunde richtet, die wöchentlich nur einmal schlägt; wenn man in diese sechzig Minuten eine ganze Welt von Bewunderung, Verehrung, Begeisterung, Entzücken — und Entladung zu drängen weiß; wenn man die übrigen Tage der Woche nur als Ergebnis leerer Stunden und Minuten betrachtet, die lediglich zu verrinnen haben, damit jene eine Stunde bald wieder erscheine . . . dann sollte jeder glauben, der etwas Ähnliches noch nicht durchgemacht, müsse dem ungebürlich Garenden die Zeit fürchterlich lang werden! Merkwürdig, dem ist nicht so. Niemals verfliegen die Tage rascher, als in solchem Zustande. Es ist, wie wenn auch die Zeit, vom Fieber der Patienten angefaßt, ihren Pulsschlag mit dem feinen verdoppelte, um nur bald wieder zu der Stunde der Weisheit zu gelangen.

Was Wunder, wenn drei Monde so geschwind für Anton wechselten, daß er, als sie dahin waren, nur zwölf Stunden durchlebt zu haben wähnte! Denn zwölf Stunden hatte Herr Mirabel den jungen Mädchen im Hause der Majorin erteilt; zwölfmal hatte Anton seinen Bogen darauf geführt; zwölfmal hatte er Hedwig gesehen. Und nun schlägt die letzte dieser seligen Stunden, und drei Monate scheinen ein einziger Tag gewesen zu sein!

Sagt mir, was ihr wollt und könnt, ihr Vertreter des wirklichen genießenden Lebens; die höchste Wonne unseres Daseins liegt doch in dem, was wir lieben, weil es schön ist, weil wir es lieben müssen, ohne Hoffnung, ohne Wunsch des Weisheit. Sehnsucht ohne Absicht — das ist Liebe. Alles andere ist — etwas anderes.

(Fortsetzung folgt.)

der Fabrikanten Schülerte zu stellen habe, wie dies auch schon geschehen sei. Der sozialdemokratische Bürgermeister müßte also diese landrätliche Verfügung ausführen und überwachend. In Preußen würden aber somieso Bürgermeister mit sozialdemokratischer Gesinnung nicht bestätigt, und die Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten hätte nur zur Folge, daß letzten Endes ein dem Landrat williges Werkzeug als Bürgermeister ernannt würde, denn § 82 der Rheinischen Städteordnung besage: „Wird die Bestätigung verweigert, so schreitet die Stadtverordnetenversammlung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so steht dem König beziehungsweise dem Regierungspräsidenten die Ernennung auf höchstens zwölf Jahre zu.“ Die Genossen würden also gut tun, einem Manne die Stimme zu geben, der sein Amt in liberaler Weise ausführt. — Genosse Diefel-Höfisch führte aus, daß in Höfisch kein Mensch daran denke, einen sozialdemokratischen Bürgermeister zu wählen. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion habe sich den Kopf über diese Wahl noch nicht zerbrochen. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Preußen sei es ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Sozialdemokrat Bürgermeister einer preussischen Gemeinde werden könne, wenn er seiner Überzeugung treu bleiben wolle. Dieser Ansicht schloß sich auch die sozialdemokratische Gemeindevertretung einstimmig an.

Preßprozeß. Wegen angeblicher Beleidigung des Bergdirektors Tlach und des Bergverwalters Lorenz wurde Genosse Caspari am Mittwoch von der Strafkammer des Landgerichts in Reuthen zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Als Verantwortlicher der „Gazeta Robotnicza“ hatte er eine Aufschrift über Mißstände auf dem Gotthardtschacht, der der Schachtgöttlichen Verwaltung untersteht, aufgenommen. Obgleich eine ganze Reihe von Mißständen nachgewiesen werden konnte — Mißhandlung und Beschimpfung von Arbeitern, Mangel an gutem Trinkwasser, schwarze Listen — erfolgte doch Verurteilung, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß auf dem Gotthardtschacht nicht, wie es in der Aufschrift hieß, für die Sicherheit der Arbeiter gesorgt werde.

Wahlungen des Proportionalwahlrechts. Porzheim ist die erste Stadt in Baden, die nach der neuen Städteordnung wählt. Am Montag, 12. Juni, fanden die Wahlen für die dritte Klasse statt. Von 5225 Wahlberechtigten stimmten nur 3387 gleich 65 Prozent ab. Im Jahre 1908 war die Beteiligung allerdings noch geringer, damals stimmten von 7560 Wahlberechtigten 4640 gleich 60 Prozent. Die Sozialdemokratische errang in den sechs Bezirken der Stadt 2167 Stimmen auf 6 Jahre, 2164 Stimmen auf 3 Jahre; die vereinigten bürgerlichen Parteien (Nationalliberale, Fortschrittler und die verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen) 978 Stimmen auf 6 Jahre, 982 Stimmen auf 3 Jahre; das Zentrum 222 Stimmen auf 6 Jahre, 216 Stimmen auf 3 Jahre. Von den 32 Sitzen der dritten Wählerklasse entfallen auf die sozialdemokratische Partei 22, auf die Liberalen 8 und auf das Zentrum 2 Sitze. Unsere Partei, die seit mehreren Wahlperioden alle 32 Sitze der dritten Wählerklasse inne hatte, blühte also infolge des Proportionalwahlrechts zehn Mandate ein, die den bürgerlichen Minderheiten zufielen. Allerdings besteht dafür die Aussicht, daß unsere Genossen in der zweiten Wählerklasse, wo sie in der Minorität sind, die zehn Mandate wieder holen, so daß sie auf den alten Besitzstand kommen.

Die portugiesischen Sozialisten nach den Wahlen. Aus Lissabon vom 10. Juni wird geschrieben: Die letzten Parlamentswahlen sind für die sozialistische Partei Portugals von guter Vorbedeutung. In Oporto haben die neun Kandidaten der Sozialisten im Durchschnitt 900 Stimmen gehabt; die neuen in Lissabon aufgestellten Kandidaten erhielten im Durchschnitt mehr als 400, die beiden in Goya mehr als 600. In Torres Vedras entfielen 225 Stimmen, und auf dem Lande, wie Aldea Gallega, 192 auf den sozialistischen Kandidaten. Selbst in der alten Stadt Coimbra hat unser Kandidat 88 Stimmen erhalten. Jetzt, da der Wahlkampf beendet ist, beginnt für die Partei die Aufgabe der Organisation und Propaganda. Dem neuen politischen Regiment entspricht eine neue Parteitaktik. Um darüber zu entscheiden, hat die Partei sich entschlossen, einen Parteitag abzuhalten. Es ist der erste sozialistische Parteitag seit der Errichtung der Republik und der vierte seit der Gründung der Partei. Der Parteitag findet am 18. Juni in dem Hause der Arbeiter-Föderation in Lissabon statt. Die Tagesordnung des Parteitages ist folgende: Soll die sozialistische Partei in Anbetracht der Umwandlung des politischen Regiments in Portugal ihr Programm und ihre Organisation ändern? Die portugiesische Revolution, die zum größten Teil durch das portugiesische Proletariat vollendet wurde, hat die Wirkung gehabt, die Arbeiter aus ihrer Erstarrung aufzurütteln. So vergrößern sich die Reihen der Partei von Tag zu Tag. Die Partei hat schon vier Zeitungen, davon zwei in Lissabon, mit einer Auflage von 52 000 Nummern.

Aus der Jugendbewegung.

Vom Kampf gegen die Arbeiterjugend. Auch in Zeitz hat die Behörde den systematischen Kampf gegen die Arbeiterjugend aufgenommen. Wiederholt wurden Veranstaltungen der arbeitenden Jugend überzumpelt; auch der turnenden Jugend wird das Leben erschwert. Dem Vorsitzenden der Freien Turnerschaft in Zeitz wurde von der Regierung in Merseburg das „Böglingsturnverbot“ zugestellt. Das Turnen von Jugendlichen im Alter von 14—17 Jahren wird darin als ein privates Schulunternehmen deklariert, das nach der Kabinettsordre vom 10. Juni 1884 und nach den Ausführungsbestimmungen von 1889 der Aufsicht der Regierung untersteht. Dem Vorsitzenden wird die Erteilung von Turnunterricht an solche Jugendliche verboten, und für den Fall der Zuwiderhandlung wird ihm auf Grund einer Regierungsinstruktion von 1817 und einer Verordnung von 1808 eine Exekutionsstrafe von 100 Mk. angedroht. Außerhalb Zeitz ist allgemein bekannt, daß jene verschimmelten Vorschriften durch reichsgerichtliche Entscheidung längst als rechtsungültig gekennzeichnet worden sind.

Der Weissenfelder Landfriedensbruchprozeß.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Dr. Scheibe befindet als Sachverständiger und Zeuge, er habe in Selau vier verletzte Arbeitswillige behandelt, die sich vier Tage krank gemeldet hätten. Nach einer Reihe von Zeugen, die nur bekanntes oder unwesentliches auszusagen, macht Gewerkschaftssekretär Göppert Angaben über die Entstehung des Streites. Die Ansammlung vor der Böhmischen Fabrik sei auf Grund der Meldung des Weissenfelder Tagelohes entstanden, nach der der Betrieb durch 64 Arbeitswillige aufrecht erhalten werde; hinzu komme noch, daß die Firma einen Beschluß des Verbandes der Schuhfabrikanten dadurch verletzt habe. Immer

wieder seien die Streikenden ermahnt worden, sich jeder Belästigung der Arbeitswilligen zu enthalten, andernfalls müsse ihnen die Streikunterstützung entzogen werden.

In seinem Plädoyer behauptete der Staatsanwalt, es sei eine „Zusammenkunft“ geplant gewesen, um den Arbeitswilligen einen Denzettel zu geben. Den Polizeikommissar Daehn nahm der Staatsanwalt gegen die von einigen Angeklagten erhobenen Vorwürfe über die Art ihrer Vernehmung in Schutz. Er beantragte, die Schuldfrage auf Landfriedensbruch zu beziehen, plädierte aber auf mildere Umstände. Die Angeklagten hätten allerdings freivol gehandelt und sogar die Ermahnungen der Streikleitung, sich jeder Belästigung der Arbeitswilligen zu enthalten, in den Wind geschlagen.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine-Berlin führte aus: Er mißbilligt die Vorurteile vom 21. Februar, sie seien durch die sensationelle Nachricht hervorgerufen worden, daß im Böhmischen Betriebe soziale Arbeitswillige tätig seien. Die Ansammlung sei dann aus Neugierde entstanden. Die Vorurteile auf dem Wege nach Selau könnten nur als grober Unfug oder als Fälle von Mißhandlung charakterisiert werden. Von den meist noch jugendlichen Angeklagten anzunehmen, daß sie sich bewußt gewesen seien, ihre Ausschreitungen könnten als Verbrechen angesehen werden, denen Zuchthausstrafe droht, sei nicht angängig. Bei den Angeklagten unter 18 Jahren sei nicht anzunehmen, daß sie die Einsicht der Strafbarkeit besaßen hätten.

Nach etwa zweistündiger Beratung wurde das Urteil gefällt. Der Spruch der Geschworenen lautete auf schuldig des schweren Landfriedensbruchs gegen KleinSimon, Pechmann, Geier, Böttcher, Dettmar (ihm wird zugestimmt, ihm habe die erforderliche Einsicht gefehlt) und Wegelt; des einfachen Landfriedensbruchs gegen Franke, Heuschkel, Tändler, Frau Friedrich, Horack und Schönian; Fahnenmann wird freigesprochen. Den des schweren Landfriedensbruchs schuldig gesprochenen werden mildere Umstände zugestimmt.

Abends 9 Uhr verkündet das Gericht folgendes Urteil: KleinSimon 7 Monate Gefängnis (vom Staatsanwalt 1 Jahr und eine Woche Gefängnis beantragt); Frida Pechmann eine Woche Gefängnis (beantragt 3 Monate); Geier zwei Wochen Gefängnis (beantragt 4 Monate); Böttger sechs Monate Gefängnis (beantragt 7 Monate); Dettmar eine Woche Gefängnis in bedingter Verurteilung (beantragt 14 Tage); Wegelt 6 Monate Gefängnis (beantragt 7 Monate); Frau Friedrich 3 Monate eine Woche Gefängnis (beantragt 4 Monate); Franke Heuschkel, Tändler, Horack und Schönian je drei Monate Gefängnis (beantragt je 3 Monate). Das Gericht hat durchgängig auf die gesetzlichen Mindeststrafen erkannt.

Gewerkschaftsbewegung.

Werstarbeiterstreik in Landsberg a. W. Die Arbeiter der Werk A. Paulsch in Landsberg a. W. stehen im Ausstand. Sie hatten durch die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes Forderungen einreichen lassen. Die Firma antwortete, daß sie mit ihren Arbeitern die Wünsche besprechen und, soweit es notwendig erscheint, ihnen nach Möglichkeit Rechnung tragen werde. Es haben nun Verhandlungen stattgefunden, aber zu keinem für die Arbeiter zufriedenstellenden Resultat geführt. Die Löhne sind außerordentlich niedrig, werden doch Löhne von 23 Mk. pro Stunde für die überaus schwere und gesundheitsschädliche Arbeit bezahlt. Zugang von Metallarbeitern aller Art ist nach Landsberg fernzuhalten.

Streik im Helmstedt-Magdeburger Braunkohlrevier. Seit Montag sind in dem Revier ca. 1000 Mann ausständig. Auf die Tarifforderung der Arbeiter hatten die Unternehmer in einer derart provozierenden Weise geantwortet, daß der Ausstand für die Arbeiter unvermeidlich wurde. Die drei im Revier vertretenen Organisationen, der Verband der Bergarbeiter, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter und die polnische Berufsvereinigung führen gemeinsam den Kampf gegen den Übermut der Grubenherren. Große Anstrengungen machten die Werke noch in den letzten Tagen der Kündigungsfrist, um die Phalanx der Arbeiter zu brechen, jedoch ohne großen Erfolg. So wurden den Arbeitern die Werkwohnungen gekündigt, vielfach unter der Versicherung, daß die Kündigung wieder zurückgenommen würde, wenn der Betroffene nicht mißtraue. Auch ein starkes Aufgebot von Gendarmen wurde schon vor Beginn des Streiks herbeigezogen. Einige der Gendarmen gehen auf die Suche nach Arbeitswilligen, zum Gaudium des Publikums bisher mit negativem Erfolg. In einem Falle hat es ein Gendarm in der Werkfabrik der Grube „Marie Luise“ doch fertig gebracht, einen jungen Arbeiter zum Streikbruch zu bewegen. Der Beamte kam des Morgens an das Bett des Arbeiters und eröffnete ihm, daß er zur Arbeit gehen solle, andernfalls es ihm schlecht ergehen könne, wenn er später zum Militär komme. Anschließend sind aber die Werksherren mit der Wirkung ihrer Einschüchterungsversuche nicht zufrieden. Sonst brauchten sie doch in den Unternehmungen nicht gar so ärgerlich über die Streikleitung herzuziehen. Die Mägden, die sie hierbei vorbringen, verraten ihre ängstlich gereizte Stimmung nur zu gut.

Bäckereistreik in Dresden. Weil es wegen der eingereichten Forderungen der Gehilfen zu keiner Verständigung mit der Bäckereitung kam, haben die Bäckergehilfen in einer am Donnerstag, dem 15. Juni, stattgefundenen Versammlung beschlossen, in allen Betrieben, die die Forderungen der Gehilfen nicht anerkannten, die Arbeit niederzulegen. Mit 625 Stimmen gegen 3 wurde dieser Beschluß gefaßt. Das Gewerkschaftsstartell wird die Forderungen der Gehilfen durch Proklamierung des Boykotts unterstützen. Am Sonntag, dem 18. wird an die gesamte Bevölkerung ein Flugblatt verbreitet werden. Die tarifstreuen Bäckermeister haben in einer Zusammenkunft mit den Vertretern der Organisation beschlossen, auch den neuen Tarif der Gehilfen anzuerkennen, jedoch ein ganz bedeutender Teil der Gehilfen — in 81 Bäckereien 195 Gefellen und 18 Lehrlinge — zu den neuen Bedingungen in Arbeit verbleiben kann.

Der Zigarettenarbeiterstreik in Sagen i. Westf. ist nach achtstägiger Dauer erfolgreich beendet. Die Firmen Zigarettenkompanie Kehler und Westdeutsche Zigarettenfabrik W. Bauer, Sagen i. Westf., schlossen mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband Tarifverträge. Die neunstündige Arbeitszeit und Lohnzulagen von 5—10 Proz. wurden bewilligt.

Ein Kampf um das Koalitionsrecht in der Seifenpulverfabrik von Dr. Thompson in Düsseldorf. Vor kurzer Zeit war es endlich dem Fabrikarbeiter-Verband gelungen, in dieser Fabrik Fuß zu fassen. Die Firma entließ nun plötzlich fünf Mann, darunter zwei Mann, die bereits über ein Jahr im Betriebe tätig waren. Gründe für die Entlassung wurden nicht angegeben. Wir können entlassen, wenn wir wollen, und brauchen keine Gründe dafür anzugeben“ wurde den fragenden Arbeitern vom Meister erklärt. Verhandlungen mit der Organisationsleitung hat kein Erfolg. Dem Gauleiter Junz wurde vom Betriebsdirektor Dr. Sachs erklärt, daß an eine Wiedereinstellung der Entlassenen nicht zu denken sei, aber — behauptete der Herr

Dr., eine Maßregelung sei diese Entlassung nicht. Die Leute seien „überzählig“ gewesen. Das wurde erklärt, trotzdem die ganze Woche vorher bis abends 9 Uhr gearbeitet werden mußte, und trotzdem am Entlassungstage einige Arbeiter der Siederei kommandiert wurden, die Arbeit der entlassenen „überzählig“ Arbeiter zu verrichten. Die darauf folgende Betriebsverammlung brachte noch eine ganze Menge von Beweisen dafür herbei, daß es sich in Wirklichkeit um einen Schlag gegen die Organisation handelt. Es wurde einstimmig erklärt, daß hier eine Maßregelung vorliegt. Von einer Arbeitsniederlegung, die verschiedentlich angeregt wurde, wurde vorläufig Abstand genommen, da die Organisation im Betrieb noch zu jung ist. Es wurde aber einstimmig beschlossen, die Öffentlichkeit über das Verhalten der Firma zu unterrichten. Das dürfte, da die Firma den Hauptteil ihrer Erzeugnisse an Arbeiter und Arbeiter-Konsumvereine absetzt, geeignet sein, der Organisationsfeindlichkeit der Firma einen heilsamen Dämpfer aufzusetzen. Die Firma erzeugt Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) und Dr. Thompsons Kernseife und „Eclair“. Die Arbeiterkraft wird gebeten, beim Einkauf auf diese Marken zu achten. Da es sehr wahrscheinlich ist, daß noch mehr Arbeiter gemahregelt werden, — die Firma sucht bereits andere Arbeiter — so wird gebeten, auch den Zugang fernzuhalten.

Bäckerstreik in Mannheim. Wie schon berichtet, haben am 18. Juni 300 Bäcker die Arbeit niedergelegt. Die Bäckermeister haben den Schiedspruch des Gewerbegerichts bezüglich der Beseitigung des Wohnungszwanges beim Unternehmer abgelehnt. Die Gehilfen hatten dem Schiedspruch zugestimmt. Trotzdem vom Innungs Vorstand an die Mitglieder ein Aktular verandt wurde, in dem aufgefordert wird, keine Einzelverträge abzuschließen, hatten bis zum Ausbruch des Streiks 67 Betriebe mit 118 Gehilfen die Forderungen anerkannt. Von der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsstartell wird die organisierte Arbeiterschaft zur Unterstützung in dem von der Lohnkommission verhängten Boykott über die nicht geregelten Betriebe aufgefordert. Zugang von Bäckern nach Mannheim ist streng fernzuhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Tragödie eines Dienstmädchens spielte sich in diesen Tagen vor dem Schwurgerichte in Sieben ab. Als Angeklagte hatte sich die Ehefrau Gottwald aus Sieben wegen Meineids zu verantworten. Die Verhandlung entrollte ein Frauenschicksal, wie sie leider nicht selten sind, wobei aber gewissenlose Männer als die Schuldigen erscheinen. Und in diesem Falle sind es Männer aus sogenannten „besseren“ Kreisen — Vater und Sohn! Die Angeklagte kam vor ihrer Verheiratung mit ihrem jetzigen Manne als Dienstmädchen zu dem Möbelfabrikanten Bindemald in Friedberg 1904 in Stellung. Sie war kaum einige Wochen dort, als sie vom Herrn des Hauses attackiert wurde. Sie gab sich ihm zu Willen und die Folgen blieben nicht aus. Der junge B. ging darauf nach München und an seine Stelle trat der Chef des Hauses, der sein Dienstmädchen offenbar zu jeder Dienstleistung verpflichtet hält. In der kritischen Zeit, im Frühjahr 1905, stellte der jetzige Mann der Gottwald ihr einen Heiratsantrag. Das kam dem Vater Bindemald, wie dem Sohn gelegen. Beide überredeten das Mädchen, den Gottwald in den Glauben zu versetzen, daß das zu erwartende Kind von ihm sei. Die Sache gelang auch, Gottwald erkannte das Kind als das seine an. Später kam er aber dahinter, weil seine Frau auffällig freigebig von Bindemald unterstützt wurde. Es kam zu einem Alimentationsprozeß gegen Bindemald junior, in dem die Angeklagte unter Eid bestritt, mit Bindemald senior verkehrt zu haben. Die Folge war ein Verfahren gegen die Frau — die in ihrer Ehe noch zwei weitere Kinder bekam — wegen Meineids. Die Geschworenen bejahten die vom Verteidiger gestellte Frage auf fast einstimmigen Meinetd, was die arme Frau vor dem Zuchthaus bewahrte. Sie wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ihr ganzes Lebensglück ist aber doch zerstört worden. Bemerkte sei noch, daß Bindemald sen. bestritt, die Angeklagte zu unwahren Bekundungen vor Gericht veranlaßt zu haben.

Milde Bestrafung eines rohen Arbeitgebers. Der Landwirt Kreihom aus Hildesheim hatte sich wegen Mißhandlung des Arbeiters Heinrich Schrader zu verantworten. Schrader legte am 20. Dezember 1910 die Arbeit bei dem Angeklagten nieder und forderte seinen rückständigen Lohn im Betrage von 1,50 Mk. Als Kreihom den Knecht nach seiner Wohnung beschied und daraufhin der zuletzt Genannte noch zweimal seine Forderung wiederholte, erhielt er jedesmal von dem Angeklagten einen derartigen Schlag, daß er zu Boden stürzte. Da sich mittlerweile einige Personen angesammelt hatten, zog der Angeklagte seinen Knecht Schrader in den Pferdestall und verprügelte ihn mit dem umgekehrten Ende einer Peitsche, wodurch der Mißhandelte, der bereits sechzig Jahre zählt und an der rechten Hand gelähmt ist, blutende Verletzungen erlitt. Wegen dieser Brutalität wurde Kreihom vom Schöffengericht in Hildesheim zu der milden Strafe von zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Dagegen legte Kreihom auch noch Berufung ein. Das bezweifelnde aber ist, daß die Strafkammer das erste Urteil aufhob und auf eine Geldstrafe von 150 Mk. erkannte. — Wie wäre es wohl umgekehrt dem Knecht ergangen, wenn dieser seinen Arbeitgeber verprügelt hätte?

Mutterschutz.

(Wie Schwangere in Berliner Krankenhäusern behandelt werden.)

Das Organ des „Deutschen Bundes für Mutterschutz“, die von Dr. phil. Helene Stöcker herausgegebene Monatschrift „Die neue Generation“, hatte an einem Einzelfall zeigen wollen, wie mangelhaft bisher Staat und Gesellschaft für die werdenden Mütter und für die Gebärenden und damit auch für das Wohl der jungen Generation sorgen. Die Zeitschrift hatte im Januar 1909 einen von Ruth Bré (Elisabeth Bonneh) verfaßten Artikel veröffentlicht, in dem geschildert wurde, wie kurz vor Weihnachten ein schwangeres Dienstmädchen, das schon Geburtswunden hatte, zum Hund für Mutterschutz gekommen sei. Die Leiterin des Mutterhauses habe die Schwangere in einer Autodrosche nach dem Charlottenburger Krankenhaus in der Kirchstraße bringen lassen. Dort sei sie abgewiesen worden, weil sie nicht ortsangehörig sei. Im Krankenhaus Wefenb, wohin sie nun gefahren wurde, sei sie gleichfalls abgewiesen worden. Als sie schon auf dem Geburtstisch gelegen, habe ein Oberarzt erklärt: „Wir haben hier keine Entbindungsanstalt.“ Die Jammernde sei darauf nach dem Krankenhaus Kirchstraße zurückgefahren und dort wiederum abgewiesen worden. In einer Unfallstation sei dann kurz nach ihrer Entlassung die Entbindung erfolgt. Diese Darstellung wurde vom Magistrat in einer den Zeitungen überfandten Erklärung bestritten. In einem zweiten Artikel der Zeitschrift „Die neue Gene-

ration" wurde nur der Vorwurf einer im Krankenhaus erfolgten zweiten Abweilung zurückgenommen, alles übrige aber aufrecht erhalten. Fr. Bonneh wiederholte dann in einer öffentlichen Versammlung ihre Angriffe und führte noch einen anderen Fall ähnlicher Art an, der in Charlottenburg vorgekommen sei.

Durch diese Darstellung fühlten Ärzte der Charlottenburger Krankenhäuser in der Kirchstraße und auf Westend sich beleidigt. Auf ihren Antrag, den der Charlottenburger Magistrat unterstützte, erhob die Staatsanwaltschaft gegen die Schriftstellerin Elisabeth Bonneh und gegen die Schriftstellerin Helene Stöcker Anklage wegen verleumderischer Beleidigung.

In der Verhandlung, die vor dem Landgericht Berlin III stattfand und den ganzen Tag in Anspruch nahm, wurde von dem Dienstmädchen Stenzel die Richtigkeit der in dem Artikel behaupteten Tatsachen bestätigt. Frau Schulz, die mit Fräulein Stenzel von Krankenhaus zu Krankenhaus gefahren ist, äußerte sich ähnlich. Über ihre Ergebnisse am Krankenhaus in der Kirchstraße befragte sie: Am Gitter empfing uns ein junger Mann, es war wohl ein Schreiber. Das Gebäude betrat ich gar nicht. Ich sagte: Ich bringe ein junges Mädchen zur Entbindung. Er fragte, woher sie war. Ich sagte: Vom Bund für Mutterschutz, das Fräulein kommt von außerhalb. Da sagte er: Die ist ja nicht ortsbefähigt, da müssen Sie nach dem Krankenhaus Westend fahren. Ich fragte ihn, ob denn das Mädchen werde aufgenommen werden, der Zustand sei schon sehr weit. Wir fuhren dann nach Westend. Untermweg weinte das Mädchen vor Schmerzen. In Westend wurde sie untersucht, und dann sagte ein Herr, es sei noch Zeit, wir sollten nach der Kirchstraße, sie hätten hier keine Entbindungs-Anstalt, er könnte sie nicht dabehalten. Ich sagte: Von da komme ich ja her; ich weiß nun nicht mehr, was ich machen soll. Er suchte die Achseln. Das Mädchen wurde dann auf einem Karren wieder rausgeführt und in die Droschke gebracht. Sie hält für möglich, gehört zu haben, daß eine Dame sagte, das Mädchen erlecht ja schon auf allen vieren. Besonders liebenswürdig sei der Arzt nicht gewesen, mindestens hätte er in einem ruhigeren Tone können. Auf dem Rückwege zur Kirchstraße habe Fräulein Stenzel im Wagen so laut geschrien, daß Passanten stehen blieben. Sie habe sie dann am Krankenhaus in einem Gebäude abgeliefert, an welchem "Anfallstation" stand. Gefragt habe man hier, wo das Fräulein herkomme und wer die Kosten bezahle. Ob auch hier nach der Ortsbefähigung gefragt wurde, weiß Zeugin nicht. Die Zeugin Schulz ist später, im Februar, selber als Schwangere vom Bund für Mutterschutz nach dem Krankenhaus Kirchstraße geschickt worden. Nach vorläufiger Aufnahme wurde sie

wieder entlassen, weil es „noch nicht so weit“ sei. Schon drei Tage darauf wurde sie im Virchowkrankenhaus entbunden. Im Virchowkrankenhaus wunderte man sich, daß sie in Charlottenburg weggeschickt worden wäre. Fr. Bonneh hat diese Angelegenheit in öffentlicher Versammlung zur Sprache gebracht.

Es werden dann die in Betracht kommenden Ärzte und eine Reihe von Sachverständigen vernommen. Die letzteren bezeichnen das Verhalten der Ärzte als einwandfrei. Dabei mußte Gerichtsarzt Dr. Marx zugeben, die Stenzel sei schon in Westend keine Schwangere mehr gewesen, sondern eine Kreißende, schon in der Geburt Befindliche. Die von der Verteidigung geladenen Zeugen bekunden, daß Abweisungen hochschwangerer Frauen in Berlin des öfteren vorkommen.

Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark gegen die Angeklagte Bonneh, während die Angeklagte Stöcker freigesprochen wurde. In der Begründung wurde ausgeführt, daß der Fall Stenzel auszuscheiden habe, da die Angriffe in dem Artikel sich nur gegen die mit der Aufnahme betrauten Personen und nicht gegen die Ärzte richteten. Im Falle Margarete Schulz, für den nur Fr. Bonneh in Frage komme, liege aber eine Beleidigung vor.

Die Öffentlichkeit wird weniger Interesse an dem Urteil nehmen, als an den geradezu ungeheuerlichen Tatsachen, die über die in Berliner Krankenhäuser übliche Behandlung armer schwangerer Mädchen zur Sprache gekommen sind.

Aus Nah und Fern.

Spionageprozeß. Josef Remane wurde vom Reichsgericht in Leipzig wegen Verrats militärischer Geheimnisse in drei Fällen zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt; außerdem wurde auf Zulassung der Volkzetauflicht erkannt: seine Schwester Marie erhielt wegen Beihilfe in zwei Fällen ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Aus den Urteilsgründen ist zu erwähnen, daß auch der Versuch gemacht ist, an die englische Regierung militärische Schriften zu verraten, und daß die österreichische Regierung, als ihr das Angebot gemacht sei, die deutsche Regierung benachrichtigte, sodas dadurch die Sache entdeckt wurde.

Zur Namen des Königs! Der durch Urteil des Schwurgerichts in Halle am 30. November 1910 wegen Ermordung des gallischen Arbeiters zum Tode verurteilte Steintträger Albert Oplig wurde gestern früh 6 Uhr auf dem Hofe des Gerichtsgefängnisses in Halle vom Scharfrichter

Gröbler aus Magdeburg hingerichtet. Der Mörder war gefast und ruhig.

Militärische Schreckensjustiz. Das Kriegsgericht in Darmstadt verhandelte am Mittwoch gegen den Kanonier W. E. Arnoldi vom Art.-Reg. Nr. 25 wegen Ungehorsams und Widersehllichkeit. Der Unteroffizier Moses schien kein guter Freund von ihm zu sein und nahm ihn manchmal etwas schärfer vor. Auch schalt er ihn eines Tages einen Lügner, obwohl A. die Wahrheit gesagt hatte. A., der sich im Recht fühlte, war nicht ruhig, als ihm von dem Unteroffizier wiederholt befohlen worden war, den Mund zu halten. Wegen Widersehllichkeit und Ungehorsams wird er daher zu der hohen Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Also dafür, daß einer sich nicht wie ein stummer Hund buckt, wenn er grundlos ein Lügner gescholten wird, dafür ein halbes Jahr Gefängnis.

Brandunglück. In der Nacht zum Freitag ist in Döhlingen bei Rottweil ein Wohnhaus abgebrannt. Der fünfzehnjährige Fabrikarbeiter Würtner und der fünfzehnjährige Schneider Pröselbe werden vermißt. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Schwerer Unglücksfall. In einem Schieferbruch bei Charlottenburg wurden, wie aus Paris gemeldet wird, durch den Einsturz eines Eisblocks zwei Arbeiter getötet und fünf verwundet.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Elbe ist Donnerstag abend von St. Petersburg auf hier abgegangen.

D. Jar ist Donnerstag abend von Reval in Cronstadt angekommen.

D. Dora, Kapt. G. Klingenberg, ist gestern mittag 1 Uhr von Memel nach hier abgegangen.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit“, Heft 37.

„Sozialistische Monatshefte“, Heft 12.

„Arbeiter-Jugend“, Nr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

An heißen Sommertagen

Beim Einkauf verlange man ausdrücklich **MAGGI'S** Produkte.

helfen **MAGGI'S** attbewährte Erzeugnisse:

MAGGI'S Würze — Probefläschchen 10 Pfg.

MAGGI'S Bouillon-Würfel zu 5 Pfg.

MAGGI'S Suppen zu 10 Pfg. für 2-3 Teller,

die Kocharbeit wesentlich erleichtern.

Zum 1. Juli ein leeres heizbares Zimmer zu vermieten. Buschstraße 9.

Zu sofort oder 1. Juli eine Gaugewohnung und ein freundliches Zimmer zu vermieten. Näheres Oberstraße 57.

Zum 1. Oktober ein kleines Haus mit zwei kleinen Wohnungen zu vermieten. Angebote mit Preis unter P A an die Exp. d. Bl.

Zum 1. Oktober eine Drei-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Arnimstraße 41 a.

Umständehalber eine Drei-Zimmerwohnung mit besp. Gartenland zum 1. Juli zu vermieten. Fr. Schmidt, Moisdling.

Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 38, pt., r.

Brautpaar sucht zum 1. Oktober eine frdl. Zwei-Zimmer-Wohnung mit sämtl. Zubehör. Gürtelvorz. Ang. m. Br. unt. A B an d. Exp. d. Bl.

Zu pachten gesucht eine Wohnung mit 100 qm Auen Land und Stallung. Angebote unter L W an die Exp. d. Bl.

Haus mit 3 o. geschl. 2-Zimmer-Wohnungen vor dem Mühlentor umständehalber sehr billig zu verk. Näheres Steinrader Weg 9b, 1.

1 fast neuer blauer Tock-Hut billig zu verkaufen. Glorinstraße 5, 2. Stg.

Gutspielendes Grammophon mit 15 Doppel-Platten billig zu verk. Gneisenaustraße 7.

Ein u. Ziegenwagen mit Gummireifen u. junge belgische Kaninchen zu verkaufen. Ludwigsstraße 64, 1.

Phonographenwalzen zu verkaufen, Stück 30 Pfg. Blücherstraße 44, 1.

Ein Herren- u. ein Damenrad, neu, billig zu verkaufen. Dürstraße 53, part.

Spottbillig: 1 Betr.-Mantel, 1 Fr.-Wettermantel, 1 B. halbl. Arbeitskleid, Gr. 42, 2 Fahrräder 15 Mt. Fr. Schmidt, Moisdling.

Zirka 2 Ztr. Futterkartoffeln zu verkaufen. Schwanen Allee 151, 1.

Exterh. Kolonialwaren-Eier. billig zu verkaufen. Meierstr. 33.

Ein starker Kinderwagen, auch passend zum Handeln, billig zu verkaufen. Sedanstr. 1a, 1.

2flam. Dopp.-Petroleummasch. billig zu verkaufen. Bleicherstraße 14a, 1.

Ein ovaler Sofatisch billig zu verkaufen. Engelsgrube 31/4.

Ein starkes Fahrrad und eine Wassertonne billig zu verkaufen. Meierstraße 22a, 1.

Frad-Anzug, gut erhalten, mittlere Figur, zu verk. Hüßstraße 40, II.

Küchenschrank mit Aufsatz, Bettstelle, Waschtisch, kleine Kommode billig zu verkaufen. Fleischhauerstraße 104, 1.

Guterhaltenes Fahrrad (Brennabor) billig zu verk. Arnimstraße 27 b, p.

Gr. Feudel m. dopp. Mitte 25 Pf. 3 Schachtel Marokko-Schuh-Creme 25 Pf., 3 Fl. Flüss. Putzmittel Blancol 25 Pf. Wilt. Wendt, Schildstr. 9.

Haus für Selbstschließer nebst Glocke und fast neue Bettstelle billig zu verkaufen. Bleicherstr. 20, p.

Drittmaßmaschine, neu, Fahrrad mit Freil., gr. Fenster, Sommer-Paletot, Kinder-Braekwagen. Königsstr. 33, pt. D.

Ein starkes Arbeitrad wegen Platzmangel billig zu verkaufen. Gr. Gröpelgrube 22/6.

Zu verkaufen ein Kinderwagen mit Gummireifen und mehrere Knaben-Blusen. Warendorferstraße 6, II.

Ein guterhaltenes Fahrrad zu verkaufen. Lützowstr. 22.

Milch-Ziege zu verkaufen. Brandenburger Chaussee 6.

Holländer Kaninchen billig zu verkaufen. Marlistraße 42 c.

Zu verkaufen mehrere Gladen mit Käsen und eine zweifl. Bettstelle. F. Boye, Bortwerf.

Fertel zu verk. Brandenburger Chaussee 5. Ein große Fertel Stollendorfer Straße 33.

2 gr. Zugänger zu verkaufen. Lützowstr. 20.

Zu verkaufen ein Zugänger und ein zweifl. Gasheerd. Mittelstraße 18.

Gute Magnum bonum-Schwarztouffeln, Pfd. 3 1/2 Pf., gute lange rote, Pfd. 5 Pf. 100 Pfund billiger. Deponau 13.

Gut erhaltene Transmission

billig zu verkaufen. Johannisstraße 46.

Herzlicher Sonntagsdienst am 18. Juni von 1 Uhr an. Dr. med. Zühl, Gr. Burgstr. 47. Dr. med. v. Thaden, Breitestraße 29. Dr. med. Fr. Christern, Karpfenstr. 4.

Ich habe mich in Schwartau als prakt. Arzt

niedergelassen und bin bei der Ortskrankenkasse Schwartau u. Lübeck (für Schwartau und Umgegend) als Kassenarzt zugelassen.

Dr. Tegtmeyer

Sprechst. Bahnhofstr. 28; 9-11 u. 3-4, Sonnt. 8-10 Uhr. Fernr. 2871.

Wiesen - Verpachtung.

Die diesjährige Verpachtung meiner Wiesen auf Kaltenhof in einzelnen Parzellen findet Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr, statt.

von Viebahn, Schwartau.

St. Lorenz erstes und ältestes Motor- und Fahrradhaus.

Neue und alte Fahrräder in großer Auswahl. Eigene Emailier- u. Veredelungsanstalt. Größte Reparaturwerkst.

H. Benthien

Fackenburg Allee 53. Fernruf 2058.

Zigaretten

en gros u. en detail reelle u. gute Ware empfohlen

HEINR. HAGELSTEIN Königstrasse 85

Inhaber: Wilhelm Piquardt.

Billiger wie in Auktion

verkaufe ich meine Sachen als Taschenuhren, Ketten, Musikinstrumente, Ferngläser und diverse andere Sachen. nur Süßstr. 121, ptr.

Alle Sorten Weine und Spirituosen

auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf empfiehlt

J. Höppner, Beckergr. 66.

Jede spariame Hausfrau bitten wir, unsern stets reichbaren Kunstbonig

Haidekönig

in grünen 1 Pfund-Kartons, Preis 40 Pfg., gültig im eignen Interesse zu versuchen. Derselbe ist in den meisten Geschäften zu haben.

Lübecker Kunstbonig-Werke Frehrs & Co.

Berliner Volks-Zeitung
Täglich 2 Ausgaben
mit den Beiblättern:
ULK weltbekanntes, farbig illustriertes Witzblatt (8 Seiten)
Illustr. Familien-Zeitung mit aktuellen Bildern, Romanen usw. (16 S.)
Illustr. Kinder-Zeitung mit lustigen Bildern, Erzählung, Spielen (8 S.)
Tägl. Unterhaltungsblatt m. Romanen u. Abhandlungen a. all. Gebieten
Man abonniert bei allen Postanstalten zum Preise von 90 Pfennig monatlich
Probenummern an jedermann kostenfrei von der Expedition Berlin SW. 19, Jerusalemstr. 46/49.
Mehr als 65000 Abonnenten.